Junge Welt



Zu Diensten

Mit der Losung »Mehr Fortschritt wagen« treten SPD, Grüne und FDP an. Für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit steht die Ampel jedoch auf Rot. Freie Fahrt gibt es nur für die Industrie. Von Jan Pehrke

☑ SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 1. FEBRUAR 2022, NR. 26 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Gezögert

»Ampel» warb mit regulierter Freigabe von Cannabis. Nun wird die Umsetzung noch dauern

Gekungelt

SPD-Politiker beraten im Hinterzimmer über Linie gegenüber Russland. Kommentar auf S. 8

Geliefert Türkei: Nach

Türkei: Nach Kündigung von Kollegen besetzen Arbeiter Farplas-Fabrik. Polizei stürmt Betrieb

Geschröpft

Pandemie: Beschäftigte in Kurzarbeit

könnte hohe Steuernachzahlung
erwarten. Von Ralf Wurzbacher

UN-Sicherheitsrat tagt zu Russland und Ukraine

New York. Die USA haben am Montag

ein Treffen des UN-Sicherheitsrats

zur »Ukraine-Krise« durchgesetzt.

Abstimmung versucht, das Treffen

abzuwenden. Mit zehn der 15 Mit-

gliedstaaten stimmten am Montag

jedoch genug Länder für die Be-

ratungen in New York. Bei proze-

duralen Angelegenheiten haben die

fünf ständigen Mitglieder, darunter

dungen können dann nur mit einer

Russland, kein Vetorecht - Entschei-

Mehrheit von mindestens neun Stim-

men getroffen werden. Der russische

UN-Botschafter Wassili Nebensja

hatte zuvor das von den USA ange-

fragte Treffen als grundlos bezeich-

net. Er kritisierte die Sitzung, weil

eine »Stationierung von Truppen auf

russischem Gebiet ja nicht als Bedro-

und der Sicherheit« gesehen werden

könne. Die Kritik der USA sei eine

Einmischung in die inneren Angele-

(dpa/jW)

hung des internationalen Friedens

Russland hatte vor Beginn mit einer

Journalisten für Assange

Appell an Bundesregierung: Presseorganisationen fordern Ende von US-Prozess gegen Wikileaks-Gründer und Schutz freier Berichterstattung. **Von Ina Sembdner**

er öffentliche Druck auf die neue Bundesregierung, sich in Washington deutlich für die Freilassung von Julian Assange einzusetzen, steigt. Nachdem sie sich lange in Zurückhaltung geübt hatten, kamen am Montag erstmals führende Journalisten- und Pressefreiheitsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen, um sich auf einer Solidaritätspressekonferenz für den Wikileaks-Gründer und von den USA verfolgten Journalisten auszusprechen. Denn im Laufe des Prozesses rund um die Auslieferung des gebürtigen Australiers, der seit April 2019 im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Isolationshaft sitzt, traten immer deutlicher die Gefahren nicht nur für Assange selbst ihm drohen bei Verurteilung unter dem Espionage Act 175 Jahre Haft in den USA -, sondern für alle Publizisten hervor.

Mit dem Verfahren werde »ein verheerendes Signal an Journalisten und Whistleblower weltweit gesendet«, so der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbands (DJV), Frank Überall. Neben seiner Organisation beteiligten sich an der Pressekonferenz in Berlin auch Reporter ohne Grenzen (ROG), die Deutsche Journalistinnenund Journalistenunion (DJU) und die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Auch Vertreter aus Österreich und der Schweiz waren per Video zugeschaltet.

Den oft als imperialistische Vorhut agierenden ROG ist in diesem Fall zugute zu halten, dass sie als eine von wenigen Organisationen das Auslieferungsverfahren konstant vor Ort begleitet hat, wie auch Geschäftsführer Christian Mihr betonte. Als Assange



 $Protest\ vor\ dem\ Londoner\ High\ Court\ f\"ur\ ein\ Ende\ der\ US-Verfolgung\ von\ Julian\ Assange\ (24.1.2022)$

jedoch 2019 in einer zwischen London und Quito abgekarteten Aktion aus seinem politischen Asyl in der ecuadorianischen Botschaft heraus wegen des vermeintlichen Verstoßes gegen Bewährungsauflagen verhaftet worden war, hatten es die ROG noch nicht für nötig gehalten, ihn auf die Liste der weltweit inhaftierten Journalisten zu setzen.

Überall erklärte, dass den Journalisten und Whistleblowern statt Verfolgung und Haft »Solidarität, Dankbarkeit und Schutz« für die Veröffentlichung wichtiger Informationen gebührten, »vor allem Julian Assange«. Denn: »Journalismus ist kein Verbrechen.«

Zudem erinnerte er an einen Vorstoß im Deutschen Bundestag von 2017, die Position eines UN-Sonderbeauftragten für die Pressefreiheit einzurichten. Der damals einstimmig gefasste Beschluss beinhaltete, »dass auch die Beschaffung von Informationen ausdrücklich geschützt werden« und dafür ein entsprechender Kontrollmechanismus im Völkerrecht verankert werden solle. Aber, so Überall: »Irgendwie habe ich davon nicht mehr soviel gehört.«

Die DJU-Bundesgeschäftsführerin Monique Hofmann wies darüber hinaus auf den Kontext hin, in dem sich die Verfolgung Assanges abspiele. So gebe es eine Zunahme an »strategischen Einschüchterungsklagen, um kritische Berichterstattung zu stoppen«, nicht nur von seiten der Politik, sondern auch von Konzernen. Günter Bartsch vom Netzwerk Recherche wiederum betonte, dass gerade in den vergangenen Jahren Journalisten sich an internationalen Kooperationen beteiligten, bei denen es immer häufiger »um die Veröffentlichung großer Datenpakete« gehe – eben wie im Fall Assange. Und da dies auch deutsche Journalisten betreffe, sei es um so wichtiger, »dass die Bundesregierung alles daransetzt, die Auslieferung zu verhindern«. Nächste Woche wird Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Washington erwartet.

Banken sollen sich auf Krisen vorbereiten

genheiten Russlands.

■ Siehe S. 4, 7 und 8

Frankfurt am Main. Deutschlands Banken müssen als Vorsorge für mögliche Krisen etwa auf dem Immobilienmarkt in den kommenden zwölf Monaten einen zusätzlichen Kapitalpuffer ansparen. Die Finanzaufsicht Bafin hebt, wie Mitte Januar angekündigt, den sogenannten antizyklischen Kapitalpuffer von null auf 0,75 Prozent an. »Ziel ist, die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensystems präventiv zu stärken«, teilte die Behörde am Montag mit. Es gehe »darum zu verhindern, dass in schlechten Zeiten die Institute ihre Kreditvergabe so stark einschränken, dass dies negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft hätte«. Den »antizyklischen Kapitalpuffer« müssen Geldhäuser spätestens ab dem 1. Februar 2023 vollständig aufgebaut haben. Die Quote von 0,75 Prozent bezieht sich dabei auf die risikogewichteten Aktiva eines Instituts. (dpa/jW)

Turbostart bei Kriegsgeschäften

Bundesregierung genehmigt in ersten sieben Wochen Amtszeit Waffenexporte für 2,2 Milliarden Eur

achdem die letzte Bundesregierung der Merkel-Ära ihre Bilanz mit einem Rüstungsexportrekord gekrönt hatte, erreichte die Ampelregierung in den ersten sieben Wochen ihrer Amtszeit bereits mit Ausfuhren für 2,2 Milliarden Euro beinahe den Umfang des ersten Halbjahrs 2021. Damals waren Rüstungsgüter in einem Umfang von 2,3 Milliarden Euro ausgeführt worden. Insgesamt hatten die Exporte 2021 einen Wert von gut neun Milliarden Euro, größter Abnehmer war Ägypten.

Wie dpa am Montag unter Berufung auf Regierungskreise vermeldete, gingen 99,9 Prozent der jüngsten Ausfuhren an Mitgliedstaaten der EU und NATO sowie an »gleichgestellte Staaten wie Australien, Japan und Neuseeland«. Der Anteil der Kriegswaffen an den Exporten liege bei 82 Prozent. Alleine die Niederlande erhielten Artilleriemunition verschiedener Kaliber für Munitionsdepots und Schießplätze im Wert von rund 1,8 Milliarden Euro.

Es macht nicht nur für *dpa* den Unterschied, dass die Waffen in Wirtschaftsunion und Kriegsallianz verbleiben.

Sven Giegold (Bündnis 90/ Die Grünen), parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, sagte der Nachrichtenagentur am Montag, es sei Ausdruck der Partnerschaft, »dass wir uns innerhalb Europas sowie mit unseren Verbündeten gegenseitig mit Rüstungsgütern versorgen«. Nach den Niederlanden waren besonders Australien (207,6 Millionen Euro), die USA (60,5 Millionen) und Großbritannien (37,1 Millionen) die größten Abnehmer bundesdeutscher Rüstungsgüter. Angesichts der hohen Summe von Ausfuhren nach Ägypten 2021 hatte

Giegold am 17. Januar der *Taz* erklärt, die Bundesregierung arbeite an einer »restriktiven und klaren gesetzlichen Grundlage« für Rüstungsexporte.

Für Staaten außerhalb von EU und NATO, sogenannte Drittländer, genehmigte die Ampelkoalition Ausfuhren im Wert von 2,35 Millionen Euro, 0,I Prozent des Gesamtwerts. An diese seien außerdem keine Kriegswaffen geliefert worden, versicherte Giegold. Für Rüstungslieferungen in sogenannte Entwicklungsländer erteilte die neue Regierung demnach gar keine Genehmigungen. David Maiwald





»Österreich hat eine hohe Anzahl von Femiziden«

Plattform organisiert Proteste nach Morden an Frauen und vernetzt feministische Gruppen. Ein Gespräch mit Christiane Wagner

Christiane Wagner ist

organisiert in der AG

Femstreik der Plattform

Radikale Linke aus Wien

und engagiert sich von Be-

ginn an in der offenen fe-

ministischen Vernetzung

»Claim the Space«

ann immer in Österreich eine Frau durch die Gewalt eines
Mannes stirbt, protestiert das
Bündnis »Claim the Space« am
Karlsplatz im Zentrum Wiens.
Wie kam es dazu?

Österreich hat im europäischen Vergleich eine sehr hohe Anzahl von

Femiziden und ist eines der wenigen Länder weltweit, wo mehr Frauen als Männer ermordet werden. 2021 wurden hier 31 Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre und trans Personen, FLINT, von Männern ermordet.

Ausgangspunkt unserer Proteste war, dass wir von der AG Feministischer Streik schon länger mit türkischkurdischen Genossinnen vernetzt waren, die immer wieder auf Femizide in der Türkei aufmerksam gemacht

haben. Auch die Kämpfe in Lateinamerika, insbesondere die »Ni una menos«-Bewegung (nicht eine weniger, *jW*), haben uns inspiriert.

Zur Vernetzung haben wir die Plattform »Claim the Space« gegründet. Wir wollen Femizide mit einer Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verbinden und über diese regelmäßigen Demonstrationen darauf hinweisen, was die Fundamente dieser extremen Zuspitzung patriarchaler Gewalt sind.

Sie beziehen auch immer wieder die Communities der ermordeten Frauen in Ihre Proteste mit ein.

Ja, am auffallendsten war das bei einem Femizid letztes Jahr, wo zwei Frauen ermordet wurden, die in Somalia geboren wurden. Eine der beiden war eng mit feministischen Gruppen vernetzt und hat sich gegen Genitalverstümmelung engagiert. Es waren viele Personen da, die die zwei Ermordeten gekannt haben und dann spontan Redebeiträge hielten.

Nachdem zuletzt in Polen aufgrund des totalen Abtreibungsverbots die erste Person gestorben war, haben wir versucht, bei den Protesten auch internationale Perspektiven aufzuzeigen. Als es vergangenes Jahr in Kolumbien Demonstrationen gab und im Zuge der Niederschlagung sehr viel Gewalt gegen Frauen, sind wir zur kolumbianischen Botschaft gezogen, um unseren Protest dagegen auszudrücken. Wir versuchen, die Femizide in Österreich zum Ausgangspunkt zu nehmen, um Kritik an der patriarchalen Gesellschaft zu üben und unterschiedliche feministische

Kämpfe miteinander in Dialog zu bringen.

Was konnten Ihre Aktionen bisher erreichen?

Wir haben es geschafft, in Österreich eine Debatte anzustoßen und ein gesellschaftliches Bewusstsein über Femizide zu etablieren. Die Proteste am ehemaligen Karlsplatz haben

> eine Eigendynamik entwickelt, so dass sich inzwischen sehr viele politische Organisationen der Thematik angenommen haben.

Warum eigentlich »ehemaliger Karlsplatz«?

Im Zuge der Proteste gegen Femizide ist es in vielen Städten auf der Welt zu Platzumbenennungen gekommen, um offene feministische Räume zu schaffen, wo Austausch, Vernetzung, Diskussion und Politisierung in der Öffentlichkeit Platz haben.

Eine Umbenennung wäre ohnehin angebracht. Denn Karl Borromäus, nach dem der Wiener Karlsplatz benannt ist, war maßgeblich an der sogenannten Hexenverfolgung beteiligt, der ersten großen Welle von Femiziden. Hier wurden Frauen aufgrund des Vorwurfs der Hexerei durch männliche Gewalt umgebracht.

Was wäre gegen Femizide zu tun?

Wir verstehen uns als linksradikales, autonomes Bündnis. Das heißt, wir richten unsere Politik nicht in erster Linie an den Staat, um Forderungen nach mehr Geld für Gewaltprävention zu stellen. Wir versuchen nicht nur, Symptombekämpfung zu machen, sondern auf die Ursachen für diese Form des männlichen Dominanzdenkens hinzuweisen, diese Besitzansprüche, Bestrafungsphantasien, mangelnde Fähigkeit im Umgang mit Kränkung und Zurückweisung. Dahinter steht eine Gesellschaft, die auf Heteronormativität aufbaut, die allein zwei Geschlechter für denkbar hält und geschlechtliche Zuschreibungen bestimmter Körper auf- und anderer abwertet. In Verbindung mit Fragen der kapitalistischen Ausbeutung werden Abhängigkeitsbeziehungen geschaffen und rassistische staatliche Politiken, die dazu führen, dass Frauen sich nicht trennen können, wenn ihre Aufenthaltsgenehmigung vom Ehepartner abhängt. Kindern sollen lernen, dass es vielfältige Genderentwürfe gibt, dass diese nicht bedrohlich sind, sondern dazu beitragen, dass alle ein möglichst gutes Leben haben.

Interview: Christof Mackinger



Pjöngjang testet. Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) hat den Test einer ballistischen Mittelstreckenrakete bestätigt. Am Sonntag sei erstmals seit 2017 eine Rakete vom Typ »Hwasong-12« abgefeuert worden, berichteten die Medien des Landes am Montag. Es war bereits der siebte Raketentest seit Jahresanfang. Damit feuerte Pjöngjang so viele Raketen ab wie noch nie innerhalb eines Monats. Auch in Südkorea wurde über den Test berichtet, allerdings mit einem Archivbild, wie ein Bildschirm auf dem Bahnhof in Seoul zeigt (siehe Foto). (AFP/jW)

Triumph für Sozialdemokraten

Parlamentswahl in Portugal: PS gewinnt absolute Mehrheit. Ultrarechte drittstärkste Kraft, heftige Verluste für Linke

ie Sozialdemokraten vom Partido Socialista (PS) haben die Wahl in Portugal mit absoluter Mehrheit gewonnen, Premierminister António Costa kann künftig allein regieren. Am Sonntag kam der PS auf 41,68 Prozent der Stimmen, was mindestens 117 der insgesamt 230 Sitze im künftigen Parlament entspricht. Die Konservativen vom Partido Social Democrata (PSD) mussten hingegen eine historische Niederlage einstecken, sie kamen auf nur 27,8 Prozent der Stimmen

Zweiter Gewinner der vorgezogenen Parlamentswahl ist die ultrarechte Partei Chega (Es reicht). Sie kam am Sonntag auf sieben Prozent der Stimmen und stellt fortan mit mindestens zwölf Abgeordneten die drittstärkste Kraft in der Assembleia da República in Lissabon. Auf dem vierten Platz folgt die Iniciativa Liberal, die fortan acht Parlamentarier stellen wird.

Zu den großen Verlierern gehören indes die Linkskräfte: Der Bloco de Esquerda (BE) ist künftig nur noch mit fünf statt wie zuvor 19 Abgeordneten im Parlament vertreten, das Bündnis CDU aus Grünen und Kommunistischer Partei (PCP) verlor die Hälfte seiner Mandate (sechs statt bislang zwölf).

Anfang November hatte Präsident Marcelo Rebelo de Sousa Neuwahlen ausgerufen, weil sowohl BE als auch CDU gegen den Haushaltsentwurf der Regierung für 2022 gestimmt hatten. Die beiden linken Kräfte hatten zuvor eine Minderheitsregierung des PS unter Premier Costa toleriert.

Noch am Wahlabend erklärte PSD-Spitzenkandidat Rui Rio, er sei sich nicht sicher, wie er seiner Partei weiter »nützlich sein kann«. Die Frage, ob er zurücktreten werde, beantwortete er jedoch nicht.

Der Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und CDU-Spitzenkandidat Jerónimo de Sousa betonte in einem Hotel in Lissabon, der Partido Socialista stehe nun vor der Entscheidung, »sich mit dem PSD zu verständigen oder sich mit der CDU nach links zu bewegen, um die Probleme des Landes zu lösen«. Zudem erklärte de Sousa, der im Wahlkampf zwischenzeitlich wegen einer Erkrankung ausgefallen war, im künftigen Parlament werden keine Abgeordneten des PCP-Bündnispartners, der Grünen, vertreten sein. Zuvor verfügte die Partei über zwei Parlamenta-Carmela Negrete

NACHRICHTEN

»Partygate«: Bericht kritisiert britische Regierung

»Partygate«-Affäre hat den Verantwortlichen im britischen Regierungssitz Führungsversagen und schwere Regelbrüche vorgeworfen. Die Verantwortlichen hätten es versäumt, sich an Standards zu halten, die zur Zeit der Coronalockdowns nicht nur von der Regierung, sondern von der gesamten Bevölkerung verlangt worden seien, hieß es in dem am Montag veröffentlichten Bericht der Spitzenbeamtin Susan Gray. Der britische Premier Boris Johnson wird an keiner Stelle direkt kritisiert. (dpa/iW)

Mali weist französischen Botschafter aus

Bamako. Die militärische Übergangsregierung in Mali hat den französischen Botschafter am Montag des Landes verwiesen. Botschafter Joël Meyer sei aufgefordert worden, Mali innerhalb von 72 Stunden zu verlassen, teilte die Regierung mit. Grund dafür seien die

»feindseligen und empörenden Äußerungen« von Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian, hieß es. Le Drian hatte dem Sender *RTL* am Freitag gesagt, man könne angesichts der sich verschlechternden politischen und militärischen Lage in Mali nicht am Status quo festhalten, ohne jedoch konkret von einer möglichen Beendigung der französischen Militäroperation »Barkhane« zu sprechen. (dpa/jW)

Gespräche zwischen Airbus und IG Metall

Hamburg. Airbus und die IG Metall haben sich am Montag in Hamburg erneut zu Verhandlungen über den Umbau der zivilen Flugzeugfertigung in der BRD getroffen. Es ist die mittlerweile siebte Runde in einem seit Frühjahr 2021 andauernden Streit zwischen dem weltgrößten Flugzeugbauer und der Gewerkschaft. Sollte es wieder kein Ergebnis geben, will die IG Metall ihre Mitglieder zu einer Urabstimmung über einen Streik aufrufen. Zuletzt hatten sich Anfang Dezember mehr als 14.000 Be-

schäftigte an teils mehrtägigen Warnstreiks beteiligt und mitten im Jahresendspurt die Produktion weitgehend lahmgelegt. (dpa/jW)

Zentralrat der Muslime schließt Verein aus

Berlin. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) hat einen Verein ausgeschlossen, den der Verfassungsschutz dem Netzwerk der Muslimbrüder zurechnet. Der Zentralrat habe auf seiner digitalen Vertreterversammlung am 23. Januar den Ausschluss der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft (DMG) und ihrer Mitglieder beschlossen, teilte der Dachverband am Montag mit. Ein entsprechender Antrag habe die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Innerhalb des ZMD bildet der türkisch-faschistische Verband ATIB die größte Mitgliedsorganisation. Der Zentralrat, der nur einen Bruchteil der Muslime in Deutschland vertritt, nimmt regelmäßig an von der Bundesregierung organisierten Veranstaltungen teil.

(dpa/jW)

eradezu mit Euphorie wurde vor knapp zwei Monaten die Nachricht aufgenommen, dass die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP eine »kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften« einführen will. Nun reagierten viele enttäuscht, weil Ampelpolitiker erklärt haben, mit der Umsetzung könne es noch dauern. Wie bewerten Sie das?

Bei aller Freude über diesen Riesenschritt sind manche offenbar etwas naiv, wie schnell das umsetzbar ist. Unser Verband, Akzept e. V., kämpft seit über 30 Jahren dafür, dass Drogenkonsumenten entkriminalisiert und die Drogenmärkte reguliert werden, dass da endlich ein Umdenken passiert und wir wegkommen von der Verbotspolitik, der Prohibition. Und da muss man jetzt eines ganz klar sagen: Hut ab vor dieser Bundesregierung, die als erste den Mut fasst, diesen Paradigmenwechsel einzuleiten! Für diesen Schritt muss man sie loben. Dabei geht es – da bin ich ganz bei dem neuen Drogenbeauftragten Burkhard Blienert von der SPD – um weitaus mehr als nur die Legalisierung von Cannabis. Auch für sogenannte harte Drogen wie Kokain und Heroin muss es legale, regulierte Zugänge geben, jenseits der Totalprohibition. Deshalb dürfen wir uns jetzt auf keinen Fall einen Schnellschuss leisten. Deutschland ist das größte Land in der EU. Die anderen Staaten schauen sehr genau darauf, wie wir es machen, und werden sich daran orientieren. Deshalb sollte tunlichst vermieden werden,

bei diesem Thema Fehler zu machen.

Sind Sie mit der Entscheidung zufrieden, Blienert zum Drogenbeauftragten zu machen?

Ja, endlich einer auf dem Posten, der wirklich sachkundig ist. Blienert vertritt die Ansätze, für die die akzeptierende Drogenhilfe schon lange kämpft: Weg von der repressiven Drogenpolitik und hin zu einer gesundheitspolitischen, die Selbstverantwortung Selbstregulierung stärkenden Drogenpolitik. Ich stimme ihm zu, dass ein Schnellschuss die Sache gefährden würde. Wir wollen eine umfassende und stimmige Lösung ha-

ben, und da kann es durchaus sein, dass dies noch ein, zwei Jahre dauert. Die Zeit müssen wir uns nehmen. Dabei sind wir klar gegen Modellprojekte, die auf große Städte wie Hamburg und Berlin begrenzt sind – und das mit viel zu engen Kriterien. Der Cannabismarkt muss flächendeckend legalisiert werden, um Hotspots um Modellstandorte zu vermeiden. Wohlgemerkt: Es geht dabei nicht um Drogen im Supermarkt, es geht um Fachgeschäfte für Erwach-

Bisher gab es ja erstaunlich wenig Protest gegen die Cannabislegalisierung aus dem Lager der Lawand-Order-Verfechter.

Das stimmt. Bis jetzt ist der Blätterwald ziemlich still bei dem Thema. Aber das kann sich schnell ändern, wenn die Umsetzung konkreter wird. Dann kommen die blödsinnigen Argumente, die jetzt schon vereinzelt zu hören sind: dass die Kinder zum Drogenkonsum verführt werden sollen und ähnliches. Das sind doch alles Rückzugsgefechte der Abstinenzlerverbände, die jahrelang der Prohibition das Wort geredet



In Rauch aufgelöst: Die Pläne der Ampelregierung Cannabiskonsum zeitnah zu legalisieren (Berlin, 20.4.2019)

»Die Strafverfolgung sollte zurückgefahren werden«

Ampelkoalition warb mit regulierter Freigabe von Cannabis. Nun wird die Umsetzung noch dauern. Ein Gespräch mit Urs Köthner



Urs Köthner ist Geschäftsführer von Freiraum e. V. in Hamburg. Der Verein betreibt in Harburg das »Abrigado«, das 1994 als erster Fixerraum der BRD eingerichtet wurde. Köthner ist im Bundesvorstand von Akzept e. V. – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik

Heroin und Kokain sind über Jahrzehnte dämonisiert worden. Wie soll da ein Umdenken bewirkt werden?

Risiken kommen.

haben. Es geht nicht dar-

um zu behaupten, Drogen

seien harmlos. Das sind

sie natürlich nicht. Gera-

de, weil Drogen gefährlich

sein können, muss es einen

regulierten Markt geben.

Denn gefährlich sind sie

vor allem unter den Bedin-

gungen des Schwarzmark-

tes, der bekanntlich keinen

Jugend- und Verbraucher-

schutz kennt. Das Gefähr-

lichste am Konsum illega-

lisierter Drogen ist die Kri-

minalisierung – und nicht

zu wissen, welche Streck-

mittel und Wirkstoffgehal-

te drin sind. Hier kann es

zu ungewollten Überdosie-

rungen und vermeidbaren

Drogen wie Cannabis,

Das ist ein Problem. Was soll der gemeine Bürger denken, wenn er hört: Hey, die wollen Kokain freigeben. Das weckt Ängste, das weckt Phantasien. Jahrzehnte ist den Menschen etwas ganz anderes eingetrichtert worden. Deshalb müsste es nach unserer Auffassung so etwas wie Social-Awareness-Projekte geben, den Leuten muss dieser Paradigmenwechsel erklärt werden. Warum es trotz aller Dramatik um Sucht der richtige Weg ist, Substanzen zu entkriminalisieren. Wir wollen auch, dass Pädagogen in den Jugendzentren und Schulen mit den Jugendlichen über Drogen reden können. Das offene Gespräch wird gegenwärtig durch das Drogenverbot verhindert.

Die Regulierung von Cannabis könnte eine gewaltige Entlastung für Polizei und Justiz sein, die ja derzeit noch viel Energie, Zeit und Geld für die Strafverfolgung von Dealern und Konsumenten verschwenden.

Das ist die Hoffnung. Dazu muss man allerdings sagen, dass, wenn wir morgen die Legalisierung haben, nicht übermorgen der Schwarzmarkt verschwunden ist. In Kanada hat das zum Beispiel bis etwa drei Jahre nach der Legalisierung gedauert. Jetzt kommen sie dort allmählich an einen Punkt, bei dem der legale Markt den illegalen überwiegt. Es dauert eben, bis die Logistik aufgebaut ist, die Geschäfte eingerichtet sind.

Ob es einen Schwarzmarkt gibt, das lässt doch auch über den Preis für den Stoff steuern, oder?

Sicher. Vor allem darf die Steuer nicht zu hoch sein. Das haben wir ja beim Zigarettenmarkt gesehen. Ist die Tabaksteuer zu hoch, förderst du den illegalen Zigarettenmarkt, der ja bereits ein erhebliches Volumen erreicht hat. Das Cannabis darf in den Läden natürlich nicht viel teurer sein als auf dem illegalen Markt. Dafür kriegst du dort dann ein geprüftes Produkt, mit genauen Inhaltsangaben, ohne Beimengungen, und kannst auch den CBD-Gehalt steuern.

Sie waren in den USA, wo diverse Staaten Cannabis bereits legalisiert haben, und haben sich Läden angesehen, in denen es angeboten wird.

Ja. Das läuft da sehr professionell. Da wurden 200 verschiedene Sorten angeboten, es gab sachkundiges Personal. Ich wurde sofort angesprochen, was genau ich haben will. Natürlich wurde vorher immer der Ausweis kontrolliert. In manchen Läden konnten Touristen kaufen, in anderen nicht. Es war letztlich wie eine Drogerie.

In Europa haben das die Niederlande mit ihren Coffeeshops ja schon seit einigen Jahren vorgemacht. Können die Vorbild für uns sein?

Jein. Die Coffeeshops als Verkaufsstätte haben sich bewährt, keine Frage. Aber die Holländer haben ein ganz anderes Problem. So mutig sie waren, den Verkauf an den Endverbraucher zu regeln, haben sie nie die »Backdoor-Problematik« gelöst. Das heißt: Es gab keine vernünftigen Lösungen für die Frage, wo kommt der Stoff für die Läden eigentlich her, da gibt es keine richtige Kontrolle über Handel und Vertrieb. Und so haben sich natürlich über die Jahre kriminelle Strukturen etabliert. Solche Fehler können nur vermieden werden, wenn man den Anbau und Vertrieb reguliert und nicht nur die Verkaufsstätten.

Es gibt hierzulande Kritik daran, dass mit der Cannabislegalisierung nur ein riesiges neues Geschäftsfeld aufgemacht wird, dass Leute mächtig abkassieren wollen. Wie sehen Sie das?

Das ist die Kehrseite, mit der wir uns beschäftigen müssen. Wie verhindern wir die Kommerzialisierung? Ich möchte nicht die US-amerikanischen Verhältnisse haben. Wenn die was machen, machen sie es bekanntlich ganz und gar. Die haben rund um Cannabis viele Merchandisingprodukte geschaffen, zum Beispiel Lollis oder Gummibärchen mit Cannabis. Da gab es auch gleich die ersten Unfälle mit Kindern. Dass man Privatfirmen gründen kann, die mit Cannabis Geld verdienen können, daran ist ja erst einmal nichts Verwerfliches. Aber es muss auch die Erlaubnis zum Eigenanbau geben. Wo man die Grenze setzt, muss man sehen, vielleicht bei fünf Pflanzen. Bei Alkohol ist es ja so, dass du Anbaugemeinschaften gründen und dann unter Einhaltung strenger Regeln Schnaps produzieren kannst. Die Option muss es bei Cannabis auch geben. Und dann sind wir bei der Idee von »Cannabis Social Clubs«, die es in Spanien, Belgien und anderen Ländern schon gibt. Das sind Genossenschaften. Da geht es nicht um Profit, sondern die organisieren gemeinsam den Anbau. Wenn privatwirtschaftliche Lizenzen ausgegeben werden, muss es diesen Gegenpol geben. Am Anfang wird wahrscheinlich alles über die Cannabisagentur laufen, aber warum sollen Kleinbauern nicht die Möglichkeit kriegen, Cannabis anzubauen und nicht nur die Riesenkonzerne, die natürlich

schon in den Startlöchern stehen. Philip Morris hat zum Beispiel bereits angekündigt, dass sie aus dem Zigarettenmarkt aussteigen und sich nur noch auf Cannabis konzentrieren wollen.

In der Debatte um die Legalisierung von Drogen haben Sie und andere Experten schon oft darauf hingewiesen, dass Alkohol und Tabak die wesentlich gefährlicheren Drogen sind.

Aufgrund von Alkoholkonsum sterben jährlich etwa 50.000 Menschen in Deutschland, aufgrund von Nikotinkonsum rund 100.000. Was uns ganz wichtig ist: Die Regulierung von Cannabis muss unbedingt einhergehen mit einer Begrenzung der Verfügbarkeit von Alkohol und Tabak. Schnaps gehört nicht in den Supermarkt, sondern auch in Fachgeschäfte.

Damit machen Sie sich aber nicht beliebt.

Wir reden über eine konsistente Drogenpolitik, welche helfen soll, Gesundheitsgefahren und gesellschaftliche Folgekosten zu minimieren. Es geht nicht darum, sich beliebt zu machen. Es geht auch nicht darum, Schnaps zu verbieten, aber der muss dir nicht direkt an der Supermarktkasse in diesen kleinen Flaschen vor der Nase stehen, gleich neben den Süßigkeiten für die Kinder. Holland und viele andere Länder machen es doch vor. Es ist fast nur in Deutschland so, dass Alkohol so leicht und billig zu bekommen ist. Und Deutschland ist das einzige Land, das noch Zigarettenautomaten hat, wo noch Zigarettenwerbung erlaubt ist. Das geht gar nicht. Natürlich laufen hier ganz eindeutig auch Verteilungskämpfe, Rückzugsgefechte der Alkohol- und der Tabakindustrie. Wenn jetzt alle Welt anfängt zu kiffen, dann geht deren Umsatz zurück.

Wenn es noch dauert, bis Cannabis legalisiert wird – was kann man jetzt schon tun?

Bis das Gesetz kommt, sollte die Strafverfolgung zurückgefahren werden. Die Entkriminalisierung der Konsumenten aller Drogen kann sofort umgesetzt werden. Es sollte auch bundesweit einheitlich festgelegt werden, welche Menge man für den Eigenkonsum haben darf. Das ist noch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.

Wie soll man sich die Regulierung bei Stoffen wie Heroin vorstellen?

Das wird noch dauern. Bei Heroin gibt es schon einen legalen Zugang über den Medizinmarkt, der ausgebaut werden müsste. Meine Tendenz wäre: Hochprozentige, injizierbare Drogen gehören eher in die Apotheke, ins Arzneimittelsystem. Aber warum sollte es nicht rauchbares Opium für Erwachsene geben? Warum soll es nicht auch Coca-Cola in der originalen Zusammensetzung geben, warum Koffein, warum nicht Cocablätter? Die Blätter haben dasselbe Niveau von Koffein, was die Wirkung angeht.

Es scheint so, als seien wir mitten in einem globalen Paradigmenwechsel, was illegalisierte Drogen angeht.

Ja. Es sind weltweit neue Türen aufgestoßen, nicht zuletzt dank der »Global Commission on Drug Policy«. Uruguay hat angefangen, dann kamen Kanada und die USA. Auch die Schweiz hat jetzt ein Pilotprojekt. Die lassen verschiedene Formen von Verkaufsstellen zu, selbst eine Lottoannahmestelle kann eine Lizenz beantragen. Aber man darf die Widerstände nicht übersehen. Am Geschäft mit den Drogen wird viel verdient, an dem Tropf hängen ganze Staaten. In Afghanistan leben die Warlords vom Opium, der Staat verdient so gut wie nichts daran. In Mexiko regieren die Drogenkartelle. Man wird sehen, wie sich das alles entwickelt in den nächsten Jahren. Interview: Kristian Stemmler

Zitat des Tages

Deutschland steht an der Seite des Völkerrechts, also an dieser Stelle natürlich an der Seite der Ukraine.

Der neue Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour erläuterte am Montag laut *dpa* seine Sicht auf die Spannungen in Osteuropa.

CDU: Merz nun auch offiziell Chef

Berlin. Friedrich Merz ist nun auch offiziell neuer CDU-Vorsitzender. Er erhielt in der Briefwahl nach Angaben der Partei vom Montag 95,33 Prozent der Stimmen. Diese schriftliche Abstimmung war aus rechtlichen Gründen nach dem Onlineparteitag am 22. Januar notwendig. Dort war Merz auf 94,62 Prozent gekommen. Stimmberechtigt waren bei der Briefwahl die 1.001 Delegierten des Onlineparteitags. Dort hatte die CDU als Konsequenz aus dem historisch schlechtesten Bundestagswahlergebnis ihre komplette Führungsspitze neu gewählt. Merz war im Dezember bei einer Mitgliederbefragung mit 62,1 Prozent zum Nachfolger Armin Laschets bestimmt worden, der als Kanzlerkandidat ge-(dpa/jW) scheitert war.

Rheinland-Pfalz: Zwei Polizisten erschossen

Kaiserslautern/Berlin. In der Nacht zum Montag sind an der Kreisstraße 22 in Ulmet im Kreis Kusel in der Westpfalz zwei Polizisten von bislang unbekannten Tätern erschossen worden. Bei den Toten handelt es sich nach Polizeiangaben um eine 24 Jahre alte Polizeianwärterin und einen 29 Jahre alten Beamten. Die Schüsse seien um 4.20 Uhr gefallen, wie eine Sprecherin der Polizei Kaiserslautern sagte. Die Streife war den Angaben zufolge in einem Zivilfahrzeug unterwegs. Die Schüsse fielen offenbar bei der Durchsuchung eines Fahrzeugs, in dem die Beamten auf totes Wild gestoßen waren. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach am Montag von einer »Hinrichtung«. Die Großfahndung nach den Tätern dauerte am Montag nachmittag

Regierung: Kein kirchliches Sonderrecht

Berlin. Die Bundesregierung hat betont, dass es bei der Aufklärung der Missbrauchsfälle im katholischen Erzbistum München und Freising kein kirchliches Sonderrecht geben wird. »Die Aufarbeitung dieser Missbrauchsskandale wird nicht allein der Kirche überlassen«, versicherte ein Sprecher des Justizministeriums am Montag in Berlin. Staatsanwaltschaften seien grundsätzlich verpflichtet, Anhaltspunkten für Straftaten nachzugehen. Nach den jüngsten Enthüllungen gebe es deshalb auch schon mehrere Dutzend Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München. (dpa/jW)

Frieden als Routinetermin

Gesprächsbedarf: SPD-Politiker beraten hinter verschlossenen Türen über Linie gegenüber Russland. **Von Nick Brauns**

ie Zeiten, in denen Sozialdemokraten Sorge hatten, als »vaterlandslose Gesellen« zu gelten, sind seit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Ersten Weltkrieg zwar vorüber. Doch weiterhin geraten SPD-Politiker ins Schwitzen, wenn sie als russlandfreundlich oder gar als »Putinversteher« gehandelt werden. Mit solchen teils unterschwelligen, teils offenen Vorwürfen sieht sich die deutsche Regierungspartei derzeit etwa von seiten der ukrainischen Regierung, aus Polen und dem Baltikum sowie von der NATO-Führungsmacht USA konfrontiert. »Wenn der Kanzler sich hinstellt und sagt, alle Optionen liegen auf dem Tisch, sollte von Russland die territoriale Integrität der Ukraine angegriffen werden, dann ist das klar und unmissverständlich«, verwehrte sich der SPD-Kovorsitzende Lars Klingbeil am Montag im ARD-»Morgenmagazin« gegen solche Vorwürfe. »Das ist eine deutliche Ansage gegen Russland.«

Bundeskanzler Olaf Scholz lehnt zwar die von Kiew erbetenen Waffenlieferungen ab, droht aber mit Sanktionen im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine. Diesem Kurs hatte sich das SPD-Präsidium angeschlossen. Offen bleibt dabei, ob auch eine Nichtinbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 als Sanktionsinstrument in Frage kommt, wie etwa von Washington und Kiew, aber auch auf seiten des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen gefordert.

Für den späten Montag nachmittag hatte Klingbeil führende Sozialdemokraten nach Berlin eingeladen, um im vertraulichen Gespräch über den Kurs der Partei in der Ukraine-Frage zu beraten. Es handele sich um ein »Routinetreffen«, auf dem es vor allem um die Frage gehen werde, wie ein Krieg mitten in Europa abgewendet werden kann, hatte der Parteichef den nicht offiziell angekündigten Termin am Vortag gegenüber der *ZDF*-Sendung »Berlin direkt« bestätigt. Eingeladen waren

laut der Agentur AFP die Bundesministerinnen für Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Christine Lambrecht und Svenja Schulze, Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt, der Bundestagsfraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, und weitere Landeschefs sowie Fachpolitiker. Ob die dem sogenannten linken Parteiflügel zugerechnete Kovorsitzende Saskia Esken sowie Generalsekretär Kevin Kühnert auch an dem Treffen teilnahmen, wurde nicht gemeldet.

»Ziel des Treffens ist dem Vernehmen nach, eine neue europäische Ostpolitik auszuloten und die beiden innerparteilichen Lager – Kuscheln mit Putin oder Härte gegen Russland – zu versöhnen«, hatte *Spiegel online* am Sonnabend gemeldet. Die Fronten ver-

laufen innerhalb der SPD zwischen Atlantikern, die im Einklang mit den USA für einen harten Kurs gegenüber dem Kreml eintreten, sowie Politikern, die stärker Rücksicht auf deutsche wirtschaftliche Beziehungen insbesondere im Energiesektor mit Russland nehmen.

Für letztere stehen insbesondere Ministerpräsidentin Schwesig, in deren Bundesland die Unterwasserpipeline ihren Endpunkt hat, sowie der frühere Parteivorsitzende und Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Im Podcast »Die Agenda« gab Schröder, der als Lobbyist für russische Energiekonzerne tätig ist und dem Verwaltungsratspräsidium von Nord Stream 2 angehört, am Freitag der NATO eine Mitschuld am russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze. Der Ukraine warf er »Säbelrasseln« vor. Mit der entgegengesetzten

Stoßrichtung kritisierte mit dem früheren Bundesaußenminister Sigmar Gabriel ein weiterer ehemaliger SPD-Vorsitzender die Weigerung von Scholz, Waffen an Kiew zu liefern. Es brauche darüber eine »Diskussion ohne Tabus und Denkverbote«, erklärte Gabriel, der seit 2019 Vorsitzender der Lobbyvereinigung Atlantikbrücke ist, gegenüber Bild am Sonntag. Er nehme »gern Ratschläge entgegen«, aber die Verantwortung für die Partei trügen andere, hatte Klingbeil am Sonntag gegenüber dem ZDF seinen Vorgängern, die keine Parteiämter mehr innehaben, entgegnet. »Ich möchte nicht, dass wir jetzt durch Drohungen, durch Taten in eine Situation hereingeraten, in der dann auf einmal vielleicht ungewollt eine Kriegssituation mitten in Europa entsteht«, plädierte der SPD-Kovorsitzende für »Gespräche« und Diplomatie.



Streitpunkt Nord Stream 2: Manuela Schwesig am Endpunkt der Pipeline im Industriehafen Lubmin (15.10.2020)

Debatte über Öffnungsschritte

Coronamaßnahmen: Rufe nach Lockerungen aus SPD, Union und FDP. Regierung verfehlt Impfziel

n Österreich endete am Montag der Lockdown für Ungeimpfte; die Regierung kündigte für die nächsten Tage weitere Lockerungen der Coronamaßnahmen an. England und Dänemark haben die meisten Restriktionen im Kampf gegen die Pandemie bereits aufgehoben, so die Maskenpflicht in Innenräumen. Auch in der BRD gewinnt der Chor der Befürworter von baldigen Lockerungen täglich Mitglieder. Nachdem am Wochenende mehrere Politiker bereits eine Strategie für Öffnungen angemahnt hatten, drängten zu Wochenbeginn die Regierungschefs von Bayern und Bremen, Markus Söder (CSU) und Andreas Bovenschulte (SPD), darauf, die Maßnahmen in nächster Zeit sukzessive zurückzufahren.

Bovenschulte sagte am Montag im *Deutschlandfunk*, es müsse »über bestimmte Öffnungen« nachgedacht werden, »insbesondere, wenn die Situation auf den Intensivstationen so stabil bleibt«. So solle etwa darüber gesprochen werden, »was in Fußballstadien passiert«. Als weiteren möglichen Be-

reich für Lockerungen nannte er den Einzelhandel. Bovenschulte verwies dabei auch darauf, dass in einigen Flächenländern 2G-Regelungen für den Einzelhandel gerichtlich gekippt wurden. Insgesamt riet der Sozialdemokrat weiterhin zur Vorsicht. Es müsse über Öffnungsperspektiven gesprochen werden, »aber immer mit Augenmaß«.

Bayerns Regierungschef Söder sagte am Sonntag abend in der *ARD*-Sendung »Bericht aus Berlin«, wenn das Gesundheitssystem es zulasse, müsse perspektivisch in zwei Wochen mit Lockerungen begonnen werden. »Wir müssen in dieser Omikron-Wand, die da auf uns zukommt, auch nach einer Tür suchen, durch die man hindurchgehen kann in eine neue Zeit«, erklärte Söder. Denkbar seien Lockerungen in der Gastronomie, aber auch wieder mehr Zuschauer bei Sport- oder Kulturveranstaltungen.

Ähnlich äußerte sich Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Er sagte am Montag im TV-Sender *Welt*, er stelle sich »persönlich die Frage, ob wir wirklich auf Dauer die sehr scharfen Zutrittsbeschränkungen im Handel brauchen«. Dadurch entstehe »ein wirtschaftlicher Schaden«, und es müsse gefragt werden, »ob der Schaden in einem richtigen Verhältnis steht zum zusätzlichen gesundheitlichen Nutzen«.

Mehrere große Supermarktketten wie Aldi, Edeka, Rewe und Kaufland haben unterdessen in einem gemeinsamen Brief von der Bundesregierung ein Ende der – für sie gar nicht geltenden – 2G-Regelung im Einzelhandel gefordert. Nach zwei Jahren sei klar, dass der Einzelhandel mit den geeigneten Hygienekonzepten »kein Infektionsherd ist«, hieß in dem am Montag veröffentlichten Schreiben. Inzwischen bestehe die Gefahr »tausender Schließungen insbesondere inhabergeführter Geschäfte«.

Janosch Dahmen, Gesundheitspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen, warnte dagegen gegenüber *dpa* vor zu schnellen Lockerungen. »Es gibt keinen Anlass dafür, dass es kurzfristig Öffnungsmaßnahmen gibt; wir sind noch nicht übern Berg«, sagte der Bundestagsabgeordnete. Die Hospitalisierungsrate steige inzwischen wieder an, es gebe keinen Grund zur Entwarnung. Falls sich die Lage verschlechtere, müsse eher über eine Ausweitung bestehender Schutzmaßnahmen nachgedacht werden.

Die Bundesregierung sieht für Lockerungen ebenfalls noch keinen Anlass. »In dem Moment, wo wir das Gefühl haben, verantwortlich lockern zu können, wird diese Bundesregierung, werden alle Landesregierungen genau diesen Schritt gehen«, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Montag. Angesichts der stark steigenden Neuinfektionszahlen seien Lockerungen aber »noch ein bisschen verfrüht«. Hebestreit musste einräumen, dass das Ziel von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verfehlt wurde, bis Ende Januar 80 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal gegen Corona zu impfen. Die am Montag vom Robert-Koch-Institut veröffentlichte Quote zum 30. Januar lag bei 75,8 Prozent. Bei der nächsten Bund-Länder-Runde am 16. Februar soll über das weitere Vorgehen gesprochen werden.

Felix Jota

Dienstag, 1. Februar 2022, Nr. 26

Geringverdiener tragen Kosten

Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit während der Pandemie könnte hohe Steuernachzahlung erwarten. **Von Ralf Wurzbacher**

Ÿr viele der in der Coronakrise in Kurzarbeit geschickten Beschäftigten hält das Finanzamt eine böse Überraschung bereit. Übersteigt die erhaltene Lohnersatzleistung übers Jahr betrachtet eine bestimmte Schwelle, müssen die Empfänger mit einer Steuernachzahlung rechnen. Nach Ansicht von Christian Görke, Abgeordneter der Bundestagsfraktion von Die Linke, ist dies »ein Unding«. Menschen »mit Sorgen um ihren Job und ihre Zukunft werden so doppelt bestraft«, äußerte er sich am Montag gegenüber junge Welt. Der Parlamentarier hat durch eine mündliche Anfrage beim Bundesfinanzministerium (BMF) in Erfahrung gebracht, wieviel Geld der Fiskus in den Jahren 2020 und 2021 bei den Betroffenen eingetrieben hat beziehungsweise noch eintreiben wird: insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro.

Den Zugriff ermöglicht eine Tücke der deutschen Steuergesetzgebung: der sogenannte Progressionsvorbehalt. Zwar wird das Kurzarbeitergeld selbst nicht besteuert. Wie das Arbeitslosenund Elterngeld treibt es allerdings je nach Höhe der Bezüge den Einkommenssteuersatz auf die geregelten Einkünfte nach oben. Die Grenze, ab der die Leistungen steuerwirksam werden, liegt bei 410 Euro aufwärts. Das Instrument kam bekanntlich in einem historisch nie dagewesenen Umfang während der Pandemie zum Einsatz. Im April 2020 zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) über sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit, im Juni noch mehr als drei Millionen. In der zweiten Welle im folgenden Winter stieg die Zahl der Kurzarbeiter noch einmal deutlich auf über 3,5 Millionen.

Für Millionen Beschäftigte zog dies ganz erhebliche Lohneinbußen nach sich. Qua Gesetz haben Alleinstehende zunächst Anspruch auf 60 Prozent des üblichen Nettoentgelts, Beschäftigte mit mindestens einem Kind kommen auf 67 Prozent. Ab dem vierten Bezugs-



Viele Beschäftigte in Gastronomie- und Hotelbranche waren von Kurzarbeit betroffen (Düsseldorf, 3.3.2021)

monat umfassen die Zahlungen 70 Prozent des Nettoeinkommens (mit Kind 77 Prozent) und ab dem siebten Monat 80 Prozent (mit Kind 87 Prozent). Einige der Unternehmen, die sich mit staatlicher Hilfe durch die Krise »retteten«, haben ihren Anlegern trotzdem zum Teil üppige Dividenden spendiert, zum Beispiel BMW und Daimler. Dagegen bekämen zahllose Beschäftigte per Progressionsvorbehalt »auch noch eine Steuernachzahlung vom Finanzamt aufgedrückt«, beklagte Görke. Das bedeute eine »milliardenschwere Steuerbelastung für Geringverdiener«.

Wie das BMF in der Antwort auf Görkes Anfrage vorrechnete, hätten Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2020 ohne die Regelung zirka 2,I Milliarden Euro weniger eingenommen, 2021 etwa 1,4 Milliarden Euro. Gleichwohl hat die Kurzarbeit ein großes Loch in die öffentlichen Haushalte gerissen. Eigentlich wird die Maßnahme aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Die Reserven waren aber rasch ausgeschöpft, so dass der Staat bis Ende 2021 mit rund 24 Milliarden Euro einspringen musste. Dazu kamen noch einmal 18 Milliarden Euro für die ebenfalls von der BA übernommenen Sozialleistungen aus der Kurzarbeit sowie weitere zehn Milliarden Euro für pandemiebedingtes Arbeitslosengeld. Zu den steuerlichen Auswirkungen auf Arbeitslosengeldbezieher, die ebenso dem Progressionsvorbehalt unterliegen, liegen dem Finanzministerium erklärtermaßen »keine Schätzungen« vor.

»Das Kurzarbeitergeld sollte endlich vom Progressionsvorbehalt ausgeschlossen werden«, empfahl Görke, der bis 2019 Finanzminister von Brandenburg war. Dasselbe hatten vor ihm bereits der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Deutsche Steuergewerkschaft gefordert. Selbst die inzwischen im Bund mitregierende FDP hatte sich 2020 dafür ausgesprochen, das Instrument wenigstens für die Dauer der Pandemie aufzuheben. Allerdings blockierte seinerzeit die große Koalition den Vorstoß und selbst Bündnis 90/Die Grünen waren dagegen. Im Wahlkampf hätten »alle Ampelkoalitionäre von Entlastungen bei der Einkommenssteuer gesprochen«, bemerkte der Linke-Politiker. »Herausgekommen ist nichts.« SPD und Grüne forderte er auf, »die FDP beim Wort zu nehmen und schnellstmöglich einen Vorschlag auf den Tisch zu legen, um diese unsägliche Ungerechtigkeit zu korrigieren«.

Am Problem vorbei

Heizkostenzuschuss für arme Haushalte soll kommen. Verbände kritisieren ihn als unzureichend

pätestens Anfang März soll es so weit sein – dann will die neue Bundesregierung den Heizkostenzuschuss für Bezieher von Wohngeld vom Bundestag beschließen lassen. Noch müssten aber einige juristische Feinheiten geklärt werden, erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Daniel Föst gegenüber der Augsburger Allgemeinen (Montagausgabe).

Damit reagiert die Bundesregierung auf das Ansteigen der Energiepreise, das vor allem arme Haushalte stark belastet. Föst betonte nun, man arbeite deshalb an vielen Stellen gleichzeitig; aber es gebe »keine perfekte Lösung auf Knopfdruck«. Außerdem gehe er davon aus, dass sich die Energiepreise mittelfristig wieder einpendeln würden. »Das ist eine Frage der Außenpolitik, der Entwicklungshilfe, der Produktion erneuerbarer Energien innerhalb Deutschlands, der Energiepolitik«, so Föst.

Nach Plänen von Bauministerin Klara Geywitz sollen Wohngeldbezieher, die allein leben, einen einmaligen Heizkostenzuschuss von 135 Euro bekommen. Für Zweipersonenhaushalte soll er 175 Euro betragen und für jede weitere Person im Haushalt sollen weitere 35 Euro hinzukommen. Der Zuschuss soll die zusätzlichen Kosten für die gesamte Heizperiode von Oktober 2021 bis März 2022 abdecken. Ausreichen dürfte das nicht. Der frühere Vorsitzende der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), Klaus Müller, hatte unter Berufung auf Berechnungen verschiedener Vergleichsportale kürzlich angemahnt, der Zuschuss sei deutlich zu niedrig angesetzt.

Die Prognose von Verivox ging bei Gas von einem Anstieg von durchschnittlich 54 Prozent aus. Haushalte, die noch mit Öl heizen, müssten demnach etwa 99 Prozent mehr ausgeben. Das Portal Check 24 ging von 71,2 Prozent Preiserhöhungen aus, die gut 3,6 Millionen Haushalte träfen. Für einen Musterhaushalt mit einem Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden bedeute das demnach »zusätzliche Kosten von durchschnittlich 1.078 Euro pro Jahr«.

Auch vom Deutschen Mieterbund kam Kritik: »Die Mehrheit der bereits

ietzt von den Wohnkosten überlasteten Haushalte profitiert nicht vom Heizkostenzuschuss der Bundesregierung«, hieß es in einer Erklärung. Bei den Preissteigerungen, wie sie von den Vergleichsportalen berechnet wurden, seien der erhöhte »CO₂-Preis und die bereits erfolgten Preiserhöhungen für 2022 noch nicht einberechnet«. So komme es, dass dem Zuschuss von 175 Euro für einen Zweipersonenhaushalt »Mehrkosten beim Heizen mit Öl von bis zu 323 Euro allein für 2021« gegenüberstünden. Der Referent für Arbeitslosen- und Sozialrecht, Harald Thomé, hatte zuletzt erklärt, bei Beziehern von Leistungen der Grundsicherung gebe es eine Regelungslücke. Zwar müssten Heizkosten »im Regelfall in tatsächlicher Höhe übernommen werden«, doch bei den Haushalten, denen zuvor die Heizkosten gekürzt wurden, würde eine Ausnahme gemacht.

Der DGB hatte vergangenen Dienstag gefordert, dass der Heizkostenzuschuss auf alle einkommensschwachen Haushalte ausgeweitet wird. Im Blick hatte dieser dabei unter anderem Studenten und Auszubildende. In einem Positionspapier wurde zudem betont, dass eine Einmalzahlung nicht ausreichen werde, »solange ein Preisrückgang nicht absehbar ist«.

Die Regierungskoalition ist sich in der Frage der Hilfe für arme Haushalte nicht einig. Und in der »Klimaschutzpartei« Bündnis 90/Die Grünen wird auch noch über den »richtigen« Weg diskutiert. Während die neue Parteivorsitzende ein »Klimageld« schnell angehen will, hält dies die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag, Katharina Dröge, für ungeeignet. Sie plädiert für den Heizkostenzuschlag für Bezieher von Wohngeld, für einen Sofortzuschlag für Familien mit geringem Einkommen, und sie möchte die Kosten für den Ausstoß von Kohlendioxid zwischen Mietern und Vermietern aufteilen. Sören Pellmann, Abgeordneter der Linken im Bundestag und Fraktionssprecher für Ostdeutschland, sprach sich gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Sonntagausgaben) für das Absenken der Mehrwertsteuer aus. Damit will er vor allem ostdeutschen Betrieben unter die Arme greifen.

Inflation in BRD im Januar bei 4,9 Prozent

Wiesbaden. Die Inflation in
Deutschland ist zu Beginn des
neuen Jahres unter die Marke
von fünf Prozent gesunken. Im
Januar lag die Teuerungsrate bei
4,9 Prozent, wie das Statistische
Bundesamt am Montag in einer
ersten Schätzung mitteilte. Analysten hatten allerdings einen
deutlich geringeren Anstieg der
Verbraucherpreise gegenüber dem
Vorjahresmonat von 4,4 Prozent
erwartet. Im Dezember hatte die
Teuerungsrate noch bei 5,3 Prozent gelegen. (dpa/jW)

Verdi im Arbeitskampf bei Postbank

Berlin. Beschäftigte der zum Deutsche-Bank-Konzern gehörenden Postbank haben nach Angaben der Gewerkschaft Verdi am Montag mit einem eintägigen Arbeitskampf begonnen. Die Gewerkschaft rechnete mit einer Beteiligung von 50 bis 80 Prozent. Beschäftigte in allen Postbank-Callcentern sowie den Filialen in Berlin, Dortmund und Köln waren zur Arbeitsniederlegung aufgerufen worden. Nach dem enttäuschenden Verhandlungsauftakt bei den Tarifverhandlungen Anfang des Jahres wolle Verdi nun den Druck auf die Unternehmerseite erhöhen, hieß es. Verdi fordert für die rund 15.000 Beschäftigten sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens 180 Euro. (dpa/jW)

Autobauer Daimler wechselt Firmennamen

Stuttgart. Der Autobauer Daimler AG verabschiedet sich an diesem Dienstag offiziell von seinem Firmennamen und heißt in Zukunft Mercedes-Benz Group AG. Der Vorstandsvorsitzende Ola Källenius schließt damit einen tiefgreifenden Konzernumbau ab, der Ende vergangenen Jahres mit der Abspaltung des Lkw-Geschäfts von Daimler Truck begonnen hatte. Es gibt seitdem zwei getrennte Unternehmen, die beide an der Börse notiert sind. Mercedes-Benz konzentriert sich nun auf das Geschäft mit Pkw. (dpa/jW)

Mehr Krankheitsausfälle in Schulen

Berlin. Fast alle Schulleitungen in der BRD berichten von zusätzlichen Belastungen der Lehrkräfte durch die Coronapandemie und viele sind der Ansicht, dass krankheitsbedingte Ausfälle des Personals an Schulen in den vergangenen Jahren zugenommen haben. In einer am Montag vorgelegten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für die Bildungsgewerkschaft VBE gaben 97 Prozent der Schulleiterinnen und Schulleiter an, dass sich ihrer Ansicht nach in der Zeit der Pandemie die Anforderungen an das Kollegium nochmals gesteigert hätten. Mehr Schulleitungen als noch bei der letzten Befragung 2019 waren außerdem der Ansicht, dass längere Krankheitsausfälle bei Lehrkräften zugenommen haben.

6



75 AUSGABEN* FÜR 75 EURO.

Abotelefon: <u>0 30/53 63 55-80</u>

* ENDET AUTOMATISCH.
JETZT VERSCHENKEN ODER
BESTELLEN UNTER:
jungewelt.de/75

junge Welt

| _ | |
|---|---|
| | Ja, ich möchte 75 Ausgaben der Tageszeitung junge Welt im |
| | Aktionsaho Print für 75 Euro bestellen. |

| Frau | Herr | | |
|---|---|--|--|
| Vorname | | | |
| Name | | | |
| Straße/Nr. | | | |
| PLZ/Ort | | | |
| Telefon | | E-Mail | |
| Das Abo soll an | 1 | beginnen Maria | ich das Buch »Die Stimme der |
| Bestellbar bis zum 12 | erbeginn 19. Februar 2 | BCCCAR BC 1 | Anderen. Leserbriefe aus der I im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun, Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf eine Prämie |
| Bestellbar bis zum 12 Die junge Welt b Frau | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: | BCCCAR BC 1 | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf |
| estellbar bis zum 12 Die junge Welt b Frau Vorname | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: | BCCCAR BC 1 | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf |
| estellbar bis zum 12 Die junge Welt b Frau Vorname | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: | BCCCAR BC 1 | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf |
| estellbar bis zum 12 Die junge Welt b Frau Vorname Name Straße/Nr. | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: | BCCCAR BC 1 | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf |
| estellbar bis zum 12 D ie junge Welt l | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: | BCCCAR BC 1 | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf |
| destellbar bis zum 12 Die junge Welt b Frau Vorname Name Straße/Nr. PLZ/Ort Telefon a, ich bin damit einv der Zustellung, zur Federzeit widerrufen | erbeginn 19. Februar 2 2.2.2022. Ditte liefern an: Herr Herr erstanden, dass mich die Verla ortführung des Abonnements (per E-Mali: abo@jungewelt.d | eg 8. Mai GmbH zwecks einer Les und zu Verlagsangeboten konta | im Jahr der deutschen Einheit herausgegeben von Peter Jun Die Prämie geht an den Bestel Ich verzichte auf eine Prämie erbefragung zur Qualität der Zeitun, ktiert. Dieses Einverständnis kann ic nbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 |

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin.

E-Mail: abo@jungewelt.de

Streikende in Haft

Türkei: Nach Kündigung von Kollegen besetzen Arbeiter Farplas-Fabrik. Polizei stürmt Betrieb. **Von Emre Şahin**

ewalt gegen Beschäftigte: Am Montag ist die türkische Polizei mit einem Großeinsatz in Kocaeli gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter vorgegangen und hat 200 Menschen festgenommen. Diese hatten die Fabrik des Automobilherstellers Farplas besetzt, um gegen die Entlassung ihrer Kolleginnen und Kollegen zu protestieren. Die Polizei stürmte das Gebäude und setzte Pfefferspray ein, berichtete die kurdische Nachrichtenagentur ANF.

Die Proteste fingen an am 19. Januar mit der Arbeitsniederlegung der Beschäftigten, nachdem sie mehr Lohn gefordert und das Angebot der Firmenspitze als unzureichend betrachtet hatten. Seit Monaten macht die Inflationsrate den Menschen in der Türkei zu schaffen, Alltagsgüter sind für viele unerschwinglich geworden. Tags darauf begannen Verhandlungen zwischen Beschäftigten und Leitung. Diese versprach auch, keinen der Streikenden zu entlassen.

Als jedoch im Zuge der Gespräche die Mehrheit der 2.000 Beschäftigten der Firma Mitglieder der Gewerkschaft Birlesik Metal-Is (BMI) wurden und diese am 27. Januar einen Antrag auf Vertretungsanspruch beim Arbeitsministerium einreichte, entließ Farplas knapp 150 Arbeiterinnen und Arbeiter entgegen der eigenen Zusage, und zwar ohne Abfindung. Als Grund wurde der Ausstand vom 19. Januar aufgeführt, die Streikenden hätten das »Betriebsklima gestört«. Zudem kündigte Farplas an, wegen des Streiks auf Schadenersatz zu klagen.

Bei so viel Dreistigkeit und Schikane platzte den Beschäftigten endgültig der Kragen. Gemeinsam mit ihren entlassenen Kolleginnen und Kollegen verkündeten sie erneut den Arbeitskampf und forderten die Rücknahme der Kündigungen. Zudem erneuerten sie ihr Anliegen, verlangten bessere Bezahlung, geregelte Arbeitszeiten und das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. »Ohne Arbeit und ohne Brot wird es auch keinen Frieden geben«, riefen die Streikenden in der besetzten Firma, wie auf Aufnahmen in sozialen Netzwerken zu sehen ist.

Den Widerstand zu brechen wurde Aufgabe der Polizei: Am späten

Sonntag zog sie mehrere Einheiten vor dem Firmengelände zusammen. Daraufhin stiegen zahlreiche Beschäftigte aufs Dach, um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Doch auch da waren sie vor den Einsatzkräften nicht sicher - immer wieder wurden sie von Drohnen der Beamten belästigt, die das Leben der Streikenden leichtfertig aufs Spiel setzten. Am Montag stürmte die Polizei dann den Betrieb und nahm die Beschäftigen fest. Vor Farplas hatten sich derweil Tausende BMI-Mitglieder der umliegenden Firmen versammelt, um ihre Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Sie blockierten die Transportbusse der Einsatzkräfte, bis diese gegen sie vorgingen.

Erste Freigelassene berichteten Montag mittag gegenüber der Zeitung Birgün: »Wir haben der Firma keinen Schaden zugefügt, sondern unserem Widerstand Ausdruck verliehen (...) Wir wurden geschlagen und uns wurden Vorwürfe gemacht. Was lernen wir daraus? Wenn du in diesem Land für dein Brot kämpfst, nennen sie dich einen Terroristen und Vaterlandsverräter.«

Er wollte mehr und Besseres

Ungarn: Kämpfer gegen Antiziganismus und Rassismus – Jenö Setet gestorben

¬r war ungarischer Staatsbürger, war ein Führer seines Volkes ✓der Roma, gebildet und kämpferisch, aber immer friedlich: In der Nacht zum Dienstag vergangener Woche ist Jenö Setet in Budapest gestorben. Er wurde 50 Jahre alt. In den Jahren vor seinem letzten Geburtstag sprach Setet oft davon, dass in seiner Familie noch kein Mann 50 Jahre alt geworden sei. Er sollte der erste werden, und es ist eine grausame und unbegreifliche Laune des Schicksals, dass das Herz dieses außergewöhnlichen Mannes am Tag nach seinem Geburtstag stehenblieb und nun seine Frau mit den jungen Kindern alleine zurückbleibt.

Es ist schwierig, unsere Trauer auszudrücken, vor allem denjenigen gegenüber, die den »Osten«, einschließlich des »unorthodoxen« Ungarn, von Westeuropa aus beobachten. Ein schiefes Bewusstsein demokratischer Überlegenheit veranlasst viele »Westler«, das diktatorische Regime Viktor Orbans mit allen Ungarn gleichzusetzen. Es ist, als gäbe es uns Einheimische, die Widerstand leisten, nicht. Als hätten Kämpfer wie der Rom Jenö Setet nicht ihr Leben geopfert, um unser Land auf den richtigen Weg zu bringen, raus aus der derzeitigen Sackgasse.

Als ungarischer Rom kämpfte Setet jahrzehntelang gegen alle Formen des gegen sein Volk gerichteten Rassismus. Er erhob sein Wort nicht nur gegen die offen faschistischen Bestrebungen – die Segregation auf staatlicher und kommunaler Ebene sah er als mindestens ebenso gefährlich an. In Ungarn geht es der Mehrheit der Bürgerrechtsaktivisten kaum besser als denjenigen, die vom System aufgrund ihrer Herkunft ins Elend gestoßen werden. Auch Setet hatte diesen Kampf zu führen. Er stammte aus einer Händlerfamilie, traurig sprach er davon, dass er seiner Familie ein Gefühl von Wohlstand und finanzieller Sicherheit hätte geben können, wenn er sich für diese harte, aber zumindest respektierte Arbeit entschieden hätte, anstatt sich für die Interessen der Gemeinschaft einzusetzen.

Er entschied sich dagegen, er kämpfte mit ungeheurem Fleiß und unglaublicher Disziplin für eine edle Sache, aber die Probleme des Alltags wogen schwer. Wir sprachen viel über diese Schwierigkeiten, und ich als linker Aktivist hatte ähnliche Probleme, auch mein unmittelbares Umfeld verstand nicht, warum ich einer scheinbar sinnlosen Sache diente, anstatt mich persönlich zu bereichern. Während ich in einer unbeheizten Wohnung lebte, hatte auch Setet Probleme, für anständige Wohnverhältnisse zu sorgen. Indem er sich selbst überlastete und seinen Körper ausbeutete, konnte er das Geld verdienen, das er zum Leben brauchte. Er tat dies in dem Wissen, dass niemand in seiner Familie 50 Jahre alt geworden war, alle seine Vorfahren waren in jungen Jahren von dem täglichen Kampf ums Überleben zerstört worden.

In Ungarn konnte die Opposition zu Ministerpräsident Orban im Jahr 2019 bei den Kommunalwahlen in vielen Städten gewinnen. Auf der Ebene der Worte respektierten diese oppositionellen Eliten Jenö Setet sehr, in der Praxis hingegen mochten sie ihn nicht, weil der Bürgerrechtler nicht nur das sagte, was sie hören wollten, sondern auch Fakten ansprach, die ihnen unangenehm waren. Zum Beispiel, dass sich die »demokratische« Opposition aus wahltaktischen Gründen mit jener extremen Rechten verbündet hat, die ihre politische Existenz der antiziganistischen Hetze verdankt. Jenö Setet konnte nicht die unterstützen, die jene Serienkiller, die vor anderthalb Jahrzehnten gezielt Roma ermordeten, politisch angestiftet hatten.

Ein Jahr nach dem damaligen Teilsieg der Opposition haben wir das letzte Mal miteinander korrespondiert. Ich fragte ihn, ob er eine wie auch immer vergütete Stelle erhalten habe. Denn als wir uns umschauten, sahen wir, dass viele Menschen von den politischen Veränderungen finanziell profitiert hatten. Es gab Verwaltungsratsmandate, Beratungsfunktionen und eine ganze Reihe neu geschaffener Positionen. Jenö Setet hatte zu diesem Zeitpunkt keine davon, aber er erwartete sie auch nicht. Er hat seine Arbeit mit Integrität und unglaublich moralischem Auftreten ausgeführt. Er fuhr mit einer alten Karre durch das Land, organisierte seine Gemeinschaft und ermutigte die Roma in Ungarn, selbstbewusst und verantwortungsvoll politisch präsent zu sein.

Jenö Setet war kein Linker im marxistischen Sinne, und er war sogar ein Kritiker des Ungarns der Kadar-Zeit (1957-1989). Seiner Meinung nach gab es damals zwar eine soziale Integration, aber sie war gewaltsam und führte zu Ungleichheiten - er wollte mehr und Besseres für sein Volk. Doch als die Opposition bei einer der Zwischenwahlen einen Kandidaten unterstützte, der sich zuvor offen rassistisch und antisemitisch geäußert hatte, stand er zu uns und sagte, dass die Roma lieber den Kandidaten der radikalen Linken wählen würden. Sein größter Schmerz war vielleicht, zu spüren und zu sehen, dass es neben dem Rassismus Orbans auch den stillen Rassismus der Opposition im Land gibt, die ihre wiederholten Wahlniederlagen damit erklärt, dass Orban seinen Sieg den Armen, das heißt den Roma, verdanke, deren Stimmen man mit Kartoffeln kaufen könne.

Tausend Probleme und tausend Mühen haben einen riesigen Kämpfer in Ungarn verschlungen. Ruhe in Frieden, Jenö Setet. Ich bitte auch unsere deutschen Genossen, in diesen traurigen Stunden in Liebe an ihn zu denken.

Szilard Kalmar, Budapest

■ Szilard Kalmar ist Redakteur der linken Onlinezeitung *Munkasok Ujsaga* (Zeitung der Arbeiter)

Dienstag, 1. Februar 2022, Nr. 26

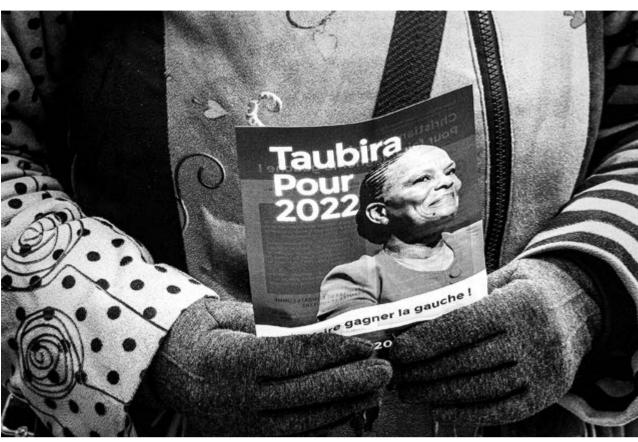
Ziel verfehlt

Frankreich: Trotz Sieg von Taubira in Vorwahl für Präsidentenkandidatur – Linke tritt im April gespalten und aussichtslos an. **Von Hansgeorg Hermann**

ie frühere sozialistische Justizministerin Christiane Taubira geht als Kandidatin der linken Bürgerinitiative »Primaire Populaire« in die französische Präsidentschaftswahl am 10. April. Die zunächst von einer Handvoll Wähler seit dem vergangenen Frühjahr organisierte Vorwahl sollte ursprünglich insgesamt fünf der Linken zugerechnete Kandidaten unter einen Hut bringen und vor allem den Wunsch der linken Wählerschaft nach einem gemeinsamen Bewerber um das Präsidentenamt dokumentieren. Die Abstimmung, für die sich knapp eine halbe Million Franzosen eingeschrieben hatte, brachte mit der knapp 70 Jahre alten Taubira zwar eine Siegerin hervor – an der Ausgangslage änderte sich allerdings nichts: Die französische Linke wird getrennt und aussichtslos in das Rennen um die Staatsführerschaft

Die am Wochenende bei der Primaire Populaire unterlegenen »unfreiwilligen« Bewerber hatten schon vor der Abstimmung ohne Ausnahme erklärt, ihre eigene Kampagne fortsetzen zu wollen und das Resultat der Vorwahl nicht anzuerkennen. Die Initiative verfehlte daher ihr Hauptziel, die französische Linke zumindest für den Wahltag im April zu vereinen. Das Votum, an dem sich immerhin 392.738 Wahlberechtigte beteiligten, zeigt andererseits eine linke Wählerschaft, die in den vergangenen Monaten versuchte, eine Art Basiswiderstand gegen das zur Zeit übermächtige rechte Lager zu organisieren – gegen die eigenen Leute, wie die Reaktionen am Sonntag abend zeigten.

Hinter Taubira landeten Yannick Jadot, Kandidat der Grünen (EE-LV), Jean-Luc Mélenchon, Anführer der Bewegung La France insoumise (LFI) und Anne Hidalgo, Pariser Bürgermeisterin und Kandidatin des Parti Socialiste



Liegt laut neuen Umfragen nur bei 3,5 bis sechs Prozent Zustimmuung: Präsidentschaftskandidatin Taubira

(PS). Sie alle waren von der Bürgerinitiative ohne eigene Zustimmung auf die Wahlliste gesetzt worden. Die Strategie: die linken Bewerber, »ob sie wollen oder nicht«, dem Wunsch ihrer Klientel nach einem gemeinsamen Kandidaten auszusetzen und in Zugzwang zu bringen. Wie der Sprecher der Initiative, Samuel Grzybowski, noch im Dezember erklärte hatte: »Sie können jeder für sich sterben oder gemeinsam siegen.«

Ihre Antworten lieferten Mélenchon und die anderen der Siegerin Taubira und der halben Million bis dahin offenbar noch hoffnungsvollen linken Wähler unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses: Ablehnung, keine »Unterwerfung«, jeder bleibt für sich. »Und jetzt?« fragte am Montag die Pariser Tageszeitung Libération, deren Redaktion die Idee der Primaire Populaire über die vergangenen Monate hin mit seitenlangen Artikeln, Interviews und Kommentaren kritisch unterstützt hatte. Wie solle die französische Linke »gegen ihren eigenen Willen gerettet« werden? Die nächsten Tage würden es zeigen, vertröstete Le Monde, während das rechte Pariser Haupstadtblatt Le Figaro triumphierend feststellte, der ganze »Zirkus« sei von Anfang an »nicht seriös« gewesen.

Taubira hat bisher kein Wahlprogramm vorgestellt. Ihre von der linken Wählerschaft bis heute gelobte Großtat,

als Justizministerin des ehemaligen sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande die sogenannte Ehe für alle durchgesetzt und sich damit dem Hass rechter Katholiken ausgesetzt zu haben, bleibt vorerst der einzige echte Anhaltspunkt zur politischen Identifikation der Politikerin aus der ehemaligen Kolonie Guyana. Unterstützt wird sie ab jetzt von rund 5.000 freiwilligen Wahlkampfhelferinnen und -helfern.

In den neuen Umfragen der Meinungsforscher lag Taubira im Januar bei 3,5 bis sechs Prozent Zustimmung. Zum Vergleich: Für die Faschistin Marine Le Pen waren es 17 bis 18,5 Prozent, die rechtskatholische Valérie Pécresse kam auf 17 bis 18 Prozent.

UN-Bericht zu Tötungen durch Taliban

Israelischer Luftangriff

Damaskus. Bei einem israelischen Luftangriff sind syrischen An-

gaben zufolge erneut Ziele in dem Land attackiert worden. Die

staatliche Nachrichtenagentur SANA meldete am Montag unter

Berufung auf Militärkreise, die

syrische Luftabwehr habe in der

Nacht zum Montag einige von Is-

rael abgefeuerte Raketen abweh-

ren können. Nahe der Hauptstadt

Damaskus habe es Sachschäden gegeben. Israels Luftwaffe bom-

bardiert regelmäßig Ziele in Sy-

rien mit der Angabe, verhindern

zu wollen, dass der Iran seinen

militärischen Einfluss in Syrien

Gegenseitige Attacken

von VAE und Ansarollah

schen Emirate (VAE) haben nach

Ansarollah im Jemen abgefeuerte

saudischen Kriegskoalition gegen

die Ansarollah im Jemen ereigne-

te sich während des als historisch

geltenden Besuchs von Israels

Staatschef Isaac Herzog in dem

Golfstaat. Trümmer der Rakete

seien über unbewohntem Gebiet

abgestürzt, hieß es laut der amt-

lichen Nachrichtenagentur WAM.

Opfer gab es demnach nicht. Als

Vergeltung für den Angriff sei die

von den Ansarollah genutzte Ra-

ketenabschussbasis in der Region

(AFP/jW)

Al-Dschauf zerstört worden.

eigenen Angaben eine von den

ballistische Rakete abgefangen. Dies erklärte das Verteidigungs-

ministerium am Montag. Der

Angriff auf das Mitglied der

Dubai. Die Vereinigten Arabi-

(dpa/jW)

ausweitet.

bei Damaskus

New York. Die islamistischen Taliban haben einem UN-Bericht zufolge seit ihrer Machtübernahme im vergangenen August mehr als 100 ehemalige Regierungsmitarbeiter und Ortskräfte der internationalen Truppen in Afghanistan getötet. »Trotz der Ankündigung einer Generalamnestie« für Mitarbeiter von Regierung und Streitkräften habe die UNO »glaubwürdige Anschuldigungen über Tötungen« und »gewaltsames Verschwindenlassen« erhalten, hieß es von UN-Generalsekretär António Guterres vom Sonntag (Ortszeit). Bei mehr als zwei Dritteln dieser Tötungen handelte es sich um »außergerichtliche Tötungen«.

Erfolg für Impfgegner bei Wahl in Österreich

Waidhofen a. d. Ybbs. Eine Gemeinderatswahl bestätigt den anhaltenden Erfolg »impfkritischer« Parteien in Österreich. Die vor einem Jahr gegründete Partei »Menschen – Freiheit – Grundrechte« (MFG) erhielt am Sonntag in der II.000-Einwohner-Gemeinde Waidhofen an der Ybbs auf Anhieb 17 Prozent der Stimmen. Neben der rechten FPÖ hat sich die MFG als »impfkritische« Partei positioniert und im Herbst 2021 auch den Einzug in den oberösterreichischen Landtag geschafft.

Stille Integration

Russland und Volksrepubliken im Donbass nähern sich immer weiter an

ls Kiew zu Beginn des ukrainischen Bürgerkriegs versuchte, die selbstausgerufenen Volksrepubliken des Donbass durch Handelsund Finanzblockaden auszuhungern, schickte Russland Kolonnen weißgestrichener Lkw mit Hilfsgütern. Das wiederholt sich seitdem in ungefähr monatlichem Abstand, Ende Dezember wurde der 185. Konvoi in Marsch gesetzt. Die Ukraine beschwerte sich regelmäßig, dass Moskau mit den Hilfslieferungen ihre Souveränität – im konkreten Fall die Souveränität, die Republiken wirtschaftlich zu strangulieren – verletze.

Schritt für Schritt hat Russland seitdem auch die Integration der Bewohner der Republiken in sein Rechts- und Sozialsystem vorangetrieben. Schon länger werden Schul- und Hochschulabschlüsse aus dem Donbass in Russland anerkannt, Unterricht und Ausbildung verlaufen nach russischen Lehrplänen, Bürger von dort können in Russland Arbeit suchen. Im September konnten die etwa 770.000 Bewohner der Republiken, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben, an den Dumawahlen teilnehmen. Jetzt kündigte Moskau an, dass derselbe Personenkreis – er macht rund ein Fünftel der Bevölkerung der Volksrepubliken aus – vom Frühjahr an die regulären russischen Sozialleistungen bekommen kann, auch ohne dass die betreffenden Menschen einen Wohnsitz in Russland nachweisen müssen. Ein Onlineantrag soll reichen.

Wieder schimpfte das ukrainische Außenministerium über eine »Verletzung der ukrainischen Souveränität« und eine »Zwangsintegration« – so, als wären die Leute gezwungen, Renten, Kindergeld oder Arbeitslosenunterstützung in Russland zu beantragen. Und so, als würde nicht Kiew die Auszahlung ukrainischer Renten an Berechtigte aus dem Donbass an eine Reihe bürokratischer Schikanen knüpfen: etwa die persönliche Vorsprache auf ukrainischer Seite und die Kosten für das Unterhalten eines – fiktiven – Wohnsitzes auf ukrainischem Gebiet.

Ursprünglich war die vereinfachte Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft an Bewohner der Volksrepubliken wohl vor allem als Stolperdraht gedacht, um die Ukraine vor dem Versuch einer militärischen Rückeroberung des Donbass abzuschrecken. Denn der Schutz bedrohter Russen im Ausland fällt unter die Motive, die laut russischer Militärdoktrin eine Intervention

rechtfertigen würden. Diese Überlegung gibt es im Hintergrund sicherlich immer noch, aber es dürfte in jüngster Zeit der Gedanke dazugekommen sein, dass der Ist-Zustand der Republiken auf Dauer unerträglich ist und deshalb die Integration der Gebiete ernsthaft in Angriff genommen werden muss. Das Kiewer Portal *strana.news* kommentierte, Moskau habe erkennbar die Hoffnung verloren, dass aus den Minsker Vereinbarungen – und damit einer Rückkehr der Volksrepubliken in die Ukraine im Rahmen eines Autonomiestatuts – noch etwas werden könnte.

In diesem Sinne hat Russland im Lauf des vergangenen Jahres einiges unternommen, um die Wirtschaft der Volksrepubliken aus dem Zustand ihrer Dauerstagnation herauszuholen. Die wichtigste Änderung bestand darin, dass die sieben größten Kombinate der Region einen neuen Verwalter bekamen. An die Stelle des mit dem alten Clan des früheren Präsidenten Wiktor Janukowitsch verbundenen ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko trat der Russe Jewgeni Jurtschenko, Eigentümer eines »Südlichen Hütten- und Metallurgiekombinats« sowie einer Bank. Mit der Übernahme

der Kontrolle sicherte Jurtschenko zu, die wie zu alten ukrainischen Zeiten immer wieder monatelang nicht gezahlten Löhne nachzuzahlen, und er kündigte an, die Einkommen der Beschäftigten in mehreren Schritten bis 2025 an das russische Niveau anzugleichen – was Steigerungen um durchschnittlich 35 Prozent bedeuten würde. Jurtschenko war früher Vizegouverneur der an Teile des Donbass angrenzenden Region Woronesch und gilt als gut vernetzt im politischen Moskau. Dass er die Lohnerhöhungen aus eigener Tasche bezahlt, kann man bezweifeln.

Mit einer offiziellen Anerkennung der Republiken, wie sie kürzlich eine Gruppe von Abgeordneten der Staatsduma gefordert hat, zögert Russland einstweilen noch. Aber die Option bleibt auf dem Tisch. Für den 14. Februar ist eine Abstimmung über eine entsprechende Resolution in der Staatsduma geplant. Der Termin fällt – zufällig oder nicht – ungefähr mit der Zweiwochenfrist zusammen, die die Ukraine nach russischen Angaben beim letzten Treffen des »Normandie«-Formats erhalten hat, um die Verwirklichung der Minsker Vereinbarungen einzuleiten.

Reinhard Lauterbach

ANSICHTEN

■ SPD zu NATO, Russland und Ukraine

Klare Unklarheit

Von Arnold Schölzel

ie Haltung seiner Partei sei »völlig klar«, behauptet SPD-Kovorsitzender Lars Klingbeil: Die Eskalation gehe von Russland aus, »alle Optionen« lägen auf dem Tisch, jetzt sei »Frieden zu organisieren«. Nur letzteres stimmt. Die Partei ist polarisiert, und die Kriegsgefahr erhöht der Westen täglich.

Scharfmacher mit SPD-Parteibuch wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth, trampeln sogar auf dem Parteiheiligtum »Entspannung« herum. In Bild am Sonntag forderte Sigmar Gabriel indirekt deutsche Waffen für die Ukraine. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht hat bereits deutsche Soldaten in der Ukraine nicht ausgeschlossen. Diesen heutigen Noskes ist eine Sicherheitspolitik unter Einbeziehung Russlands, für die der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, Generalsekretär Kevin Kühnert oder Gerhard Schröder eintreten, ein Greuel. Die Letztgenannten verlangen Vernunft. stehen aber auch nicht für Frieden, sondern wie der frühere Kanzler dafür, Belgrad oder Afghanistan zu bombardieren. Und mit »Entspannung« war vor fast 60 Jahren die langfristige Strategie zur inneren Schwächung der sozialistischen Staaten gemeint - »Konterrevolution auf Filzlatschen«.

Die von Klingbeil anberaumte Debatte der Kontrahenten hinter verschlossenen Türen am Montag war dennoch fällig. Beide Strömungen mögen gemeinsame Ziele haben, sie spiegeln aber auch unterschiedliche und sogar

gegensätzliche Interessen in der NATO wider. Die heutigen Noskes setzen auf bedingungslose Unterordnung unter die US-Politik, d. h. auf das Spiel mit dem Kriegsfeuer. Sie bejahen die NATO als Druckmittel und Instrument zur Neuaufteilung der Welt. Das lässt selbst in Kiew Furcht aufkommen. Beim jüngsten Telefongespräch zwischen den Präsidenten Selenskij und Biden soll es deswegen laut geworden

Die andere Gruppierung misstraut mit Recht einer US-Politik, die vor allem eins ist: unberechenbar. Die Interessen des deutschen Kapitals sind nicht die der US-Frackinggasindustrie oder deren in Osteuropa regierenden Marktschreier, sind nicht die Polens, Litauens oder der Ukraine. Dieser politische Arm des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft will faktisch die NATO neu definieren. Nach deren Aufgaben seit 1991 fragt auch Wladimir Putin.

Das Ergebnis der SPD-Beratung am Montag stand vor Beginn fest: klare Unklarheit - weder »Freund« noch »Feind« eigene Ziele verraten oder mehr als Floskeln von »Härte und Dialog« anbieten. US-Staatssekretärin Victoria »Fuck the EU« Nuland hat das gerade als Maxime des gesamten Westens verkündet. Es soll beim gefährlichen Spiel, das die Bevölkerungen einschüchtert und lähmt, bleiben. Im Zweifel bedeutet das aber: für den Krieg.

Von dauerhaftem Frieden hat sich die SPD vor mehr als 100 Jahren verabschiedet. Der hat eine andere Gesellschaft zur Voraussetzung.

»Schon vor der Pandemie gab es zu wenig Schutzräume«

Dritte Weltfrauenkonferenz in Vorbereitung. Pandemie verschärft Lage vielerorts. Ein Gespräch mit Brigitte Ziegler

er Frauenverband Courage und der Kämpferische Frauenrat bereiten aktuell in Deutschland die dritte Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 3. bis 10. September 2022 in Tunesiens Hauptstadt Tunis vor. Am vorvergangenen Sonntag gab es dazu eine Onlinekonferenz. Welche Themen stehen an?

Die ökonomischen Lebensverhältnisse von Frauen stehen im Vordergrund unserer Debatten. Aktuell liegt die Inflationsrate in Deutschland bei über fünf Prozent, im Gastgeberinnenland der Konferenz, Tunesien, ist sie noch höher. Das verschärft die sowieso schon besonders hohe weibliche Armut. Bedingt durch die beengten Verhältnisse und ständig steigende Mieten fand mehr häusliche Gewalt statt. Wenn Frauen geschieden sind, finden sie nicht immer gleich eine Wohnung, sind infolgedessen oft weiter in Gefahr. Schon vor der Pandemie gab es sowohl in der BRD als auch in anderen Ländern zu wenig Schutzräume. Gesetze der Istanbul-Konvention, des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, wurden – obgleich von vielen Ländern unterzeichnet - nicht angewandt. Auch in der BRD wird von Gerichten verharmlosend von Beziehungstaten gesprochen, wenn eine Frau ermordet wird.

Was steht im Gastgeberinnenland Tunesien im Vordergrund, wo die Arbeitslosigkeit hoch und schlechte Arbeitsbedingungen häufig sind?

Als vor einem Jahr der Präsident Kais Saied ein landwirtschaftliches Feld in der ländlichen Gegend von Jendouba besuchte, versprach er den in der Landwirtschaft tätigen Frauen die gleichen



Brigitte Ziegler ist Sprecherin im Bundesvorstand des Frauenverbands Courage

Rechte und das gleiche Einkommen wie den Männern. Daraus ist nichts geworden. Die tunesischen Frauen fordern dies ein. Tunesierinnen beklagen zudem zahlreiche Morde an Frauen.

Welche Debatten stehen in bezug auf staatliche Gewalt im Vordergrund?

Im Brennpunkt steht die durch die türkische Regierung ausgeübte staatliche Gewalt in Nord-und Südkurdistan, in Nordsyrien und im Irak. Auch Frauen wurden Opfer türkischer Drohnenangriffe und der Gewalt aus der Türkei gesteuerter Söldner des IS. In Deutschland wurde die Initiatorin und Mitbegründerin der Weltfrauenkonferenz, Monika Gärtner-Engel, vom Staatsschutz verfolgt und kriminalisiert. Auch dagegen gibt es Proteste von Frauen aus aller Welt.

Wie hat die Pandemie die Lage von Frauen verschärft?

Bosnische Frauen organisierten sich landesweit. Sie machen Bildungsarbeit fürs Impfen, aber es fehlt der Impfstoff. Das Diktat der Pharmaindustrie und

seine Umsetzung durch die Regierungen führt dazu, dass vor allem viele Länder Afrikas, Lateinamerikas, aber auch einige europäische Länder zu wenig Impfstoff bekommen. In den Fabriken Bangladeschs breitet sich das Virus besonders schnell aus, weil es keinerlei Gesundheitsschutz dort gibt. »Wir erleben Lohnkürzungen, Rechtlosigkeit, würdelose Behandlungen wie nie zuvor. Täglich kämpfen wir, dass unsere Löhne ausbezahlt werden«, klagen Textilarbeiterinnen dort.

Wie steht es um die politische Organisierung der Frauen in der BRD?

Verdi unterstützt die Arbeit der Gewerkschafterinnen in Bangladesch finanziell, die zu den Frauen dort nach Hause gehen, um deren Kämpfe gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen zu stärken. Wir Organisatorinnen versuchen, Reisekosten für die Basisfrauen aus verschiedenen Ländern zu sammeln, damit sie in Tunis teilnehmen können. Zudem stehen wir mit der spanischen Putzfrauengewerkschaft »Las Kellys« in Kontakt. Viele dieser prekär arbeitenden Frauen sind während der Pandemie von heute auf morgen entlassen worden. Die bürokratischen Hürden, um Kurzarbeitergeld oder Erwerbslosenhilfe zu beziehen, sind hoch. Sie wehren sich aktiv.

Was ist das wichtigste Anliegen? Wir unterstützen den sich weltweit entfaltenden Widerstand der Frauen und Mädchen gegen ihre Ausbeutung und ihre besondere Unterdrückung, gegen die sich international verschärfenden Existenzkämpfe von Frauen und ihre

Kämpfe gegen die Umweltkatastrophe. Dem widmen wir unseren Einsatz.

Interview: Gitta Düperthal

Langweiler des Tages

Siegfried Russwurm



ie Revolution kann abgesagt werden, der Linksruck ist vollzogen. Schließlich wimmelt es im Ampelkoalitionsvertrag von kommunistischer Programmatik. An der Spitze der Radikalität findet sich die knallharte Aussage, dass es in der neuen Legislaturperiode keine weitere »Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben« wird. Das klingt bedrohlich! Warum also ließ der routinierte Widerspruch des Kapitals so lange auf sich warten? Am Sonntag war es dann endlich soweit, das Rententape wurde eingelegt, und der Wiedergabeknopf hinter dem Ohr vom Chef des Industrieverbands BDI, Siegfried Russwurm, wurde gedrückt.

Der Oberindustrielle sagte dann gegenüber den Zeitungen

der Funke-Mediengruppe endlich das, was gesagt werden musste. Nämlich, dass die Rechnung der Regierung nicht aufgeht. Und dass es zukunftsweisende »Reformen« braucht, etwa eine verlängerte Lebensarbeitszeit. Weil: Die Leute werden ja auch älter. Und, na ja, der Standort, die Wettbewerbsfähigkeit, der Fachkräftemangel, die Demographie und überhaupt. Und, ach ja, Corona natürlich. Rente mit 67 war schon klasse, Rente mit 70 hilft einfach gegen alles.

Mensch, Russwurm! Niemand erwartet was Fortschrittliches oder auch nur halbwegs Vernünftiges. Beim BDI werden Kapitalinteressen vertreten, und deshalb muss jede Forderung darauf abzielen, den Grad der Ausbeutung von Beschäftigten zugunsten der Profitrate zu erhöhen. Und wenn gerade Corona ist, muss das halt mit Corona begründet werden. Klar soweit. Aber echt, geht's nicht ein bisschen weniger langweilig und abgelutscht? Fehlt ja nur noch die Ode an Gerhard Schröders Mut, endlich mal den Sozialschmarotzern den Marsch zu blasen. Ah, den hatte der Dulger vom BDA schon Anfang des Monats. Sorry.

Sebastian Edinger

Abgeschrieben

■ Unter der Überschrift »Kein Krieg gegen Russland. NATO in ihre Schranken weisen - Sicherheit in Europa ist möglich« veröffentlichte eine Initiative von Friedensaktivisten am Montag einen Appell:

Viel zu lange schon wird die Öffentlichkeit zugeschüttet - mit Worten: »Können wir Putin stoppen?« fragt Bild, die FAZ sieht die »Ukraine von drei Seiten umstellt«, EU-Präsidentin von der Leven entrollt in CNN »für den Fall einer russischen Invasion« eine Liste drakonischer Strafen, und US-Präsident Biden warnt laut Zeit vor der »ausgesprochenen Möglichkeit« einer russischen Invasion im Februar.

Worte können zu Kanonen werden. Wer lange genug einen Krieg beschwört, beschwört ihn herauf. Wer Frieden will, muss durch die Brille des Gegenübers schauen können. Anders ist Verständigung nicht möglich. Präsident Putin verlangt vom Westen Sicherheitsgarantien für sein Land, vordringlich: keine weitere NATO-Osterweiterung und keine Raketenstationierungen an Russlands Grenzen. Wer Russlands Sicherheit nicht verletzen will, kann das doch gewährleisten. Oder ist das von der NATO zu viel verlangt? (...)

Schon 1999 zeigte der NATO-Krieg gegen Jugoslawien: Auch nach dem

Kalten Krieg ist Europa nicht sicherer trägt als Signatarmacht des Minsker geworden. Der KSE-Vertrag, der eine massive Abrüstung konventioneller Waffen in Europa vorsah, wurde zwar von Russland, Weißrussland, Ukraine und Kasachstan ratifiziert, aber von keinem der NATO-Staaten. Die USA haben die Verträge zur Rüstungsbegrenzung (ABM-Vertrag zu strategischen Raketenabwehrsystemen, INF-Vertrag zu atomaren Mittelstreckenraketen oder den »Open-Skies«-Vertrag) aufgekündigt, der Rüstungswettlauf ist nicht gestoppt. Im Gegenteil. (...) In Europa stecken Großbritannien, Frankreich und Deutschland fast dreimal so viel in ihr Militär wie Russland.

Zur Zeit befinden sich die US-Streitkräfte mit denen Polens, der baltischen Staaten und Tschechiens im Manöver »Saber Strike«, um ihre »Operationsreichweite entlang der östlichen Flanke der NATO zu erhöhen«. Die NATO kündigte für Juni in derselben Region das Manöver »Ramstein Legacy« an, nach eigenen Aussagen die größte integrierte Flug- und Raketenabwehrübung der Welt. (...)

Zunächst geht es um akute Gefahrenabwehr: Wer militärische Ausrüstung liefert, wird Konfliktpartei, deshalb: keinerlei Waffenlieferungen an die Ukraine, auch keine Helme. Deutschland Abkommens besondere Verantwortung, deshalb: Ehrliche Bilanz, woran seine Umsetzung bislang gescheitert ist; Fordern und Fördern der verfassungsmäßigen Autonomie des Donbass und Demilitarisierung des Konflikts.

Zwischen der NATO und Russland: keine Militärmanöver, keine Bomber, keine Kriegsschiffe nahe der Grenze des anderen; keine Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in ganz Europa; Rückkehr ohne Trickserei zur NATO-Russland-Akte, die eine dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa verbietet.

Jede vertrauensbildende Maßnahme ist jetzt wertvoll. Dazu gehört die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ebenso wie der Verzicht auf die ständigen EU-Sanktionen, dazu gehören Partnerschaften von Städten, Universitäten, großzügig geförderte Begegnungen in Kultur, Sport, Jugendaustausch. (...) Europa ist größer als die EU, und Frieden wird es ohne oder gar gegen Russland nicht

Deeskalation jetzt – für eine Umkehr ist das öffentliche Engagement der Zivilgesellschaft und Friedensbewegung dringend erforderlich.

■ Volltext unter frieden-links.de

Irreparable Schäden

Ölpest verseucht Küste von Peru. Konzern könnte fahrlässig gehandelt haben. Sonderstaatsanwaltschaft leitet Ermittlungen ein. Von Marius Weichler



Fast 12.000 Barrel Öl sind im Distrikt Ventanilla in der Nähe der Hauptstadt Lima in den Pazifischen Ozean gelangt (29.1.2022)

nach Bekanntwerden der schlimmsten Umweltverschmutzung an Perus Küste in der jüngeren Geschichte sind das Ausmaß und die genauen Hintergründe weiterhin nicht geklärt. Am 15. Januar war vor einer Raffinerie des Ölkonzerns Repsol im Distrikt Ventanilla in der Nähe der Hauptstadt Lima ein Tanker beim Löschen von starken Wellen erfasst worden. In der Folge liefen nach Berechnungen vom Montag fast 12.000 Barrel Öl (1.908 Liter) aus einer Leitung in den Pazifischen Ozean. Hintergrund ist der Vulkanausbruch im Pazifikstaat Tonga am gleichen Tag, der unter anderem einen Tsunami auslöste, dessen Ausläufer bis in den mehr als 10.000 Kilometer entfernten Andenstaat spürbar waren. Repsol führt die damit verbundenen hohen Wellen als alleinige Erklärung für das Unglück an. Die peruanische Regierung um Präsident Pedro Castillo hingegen ermittelt noch die genauen Umstände der entstandenen Umweltkatastrophe. Sie geht davon aus, dass Repsol mindestens fahrlässig gehandelt hat. Die dem Umweltministerium unterstehende Umweltbewertungs- und Kontrollbehörde (OEFA)

ehr als zwei Wochen und die Sonderstaatsanwaltschaft für Umweltangelegenheiten (FEMA) haben die Ermittlungen aufgenommen. Brisant ist vor allem, dass das Unternehmen zunächst lediglich eingestand, dass es sich um ein »begrenztes Leck« handle, bei dem »lediglich« 6.000 Barrel ins Meer gelangt seien.

> Die OEFA und andere Fachleute gehen davon aus, dass Repsol den vorhandenen Notfallplan nicht ordnungsgemäß umgesetzt hat. Das Unternehmen bestreitet dies. Man habe sich ordnungsgemäß verhalten und unverzüglich die zuständigen Behörden informiert. Auch der Kapitän des inzwischen von Peru beschlagnahmten involvierten Schiffes, Giacomo Pisani, macht der Ölfirma Vorwürfe. So habe er aufgrund der hohen Wellen technische Hilfe angefordert, die sei allerdings erst sechs Stunden später eingetroffen. Entgegen der Aussage Repsols seien auch keine Taucher ausgesandt worden, um die Leitung zu überprüfen.

> Die Staatsanwaltschaft ordnete indes an, dass vier Vorstandsmitglieder des Unternehmens das Land vorerst nicht verlassen dürfen, da Fluchtgefahr bestehe. Unter ihnen ist auch der Chef für

das peruanische Geschäft, Jaime Fernández-Cuesta. Ihm wird Umweltverschmutzung zum Nachteil des Staates vorgeworfen. Sollte er verurteilt werden, droht ihm eine Haftstrafe von vier bis sechs Jahren. Wie hoch die finanziellen Schäden zur Beseitigung des Ölteppichs sein werden, gaben die Spanier bislang nicht bekannt. Das Strafverfahren gegen den Konzern könnte indes finanziell glimpflich für Repsol werden. Lediglich 30.000 Unidades Impostivas Tributarias (UIT) werden sie aller Voraussicht an Strafen zahlen müssen. Das entspricht in etwa 35 Millionen US-Dollar oder 1,8 Prozent des Umsatzes aus dem Pandemiejahr 2020, einem der schlechtesten in der jüngeren Unternehmensgeschichte. Allein im vierten Quartal 2021 konnte man einen Nettogewinn von mehr als 870 Millionen US-Dollar erzielen.

Die Aufräumarbeiten gestalten sich derweil schwierig. Das Öl habe sich aufgrund der Gezeiten mehr als 140 Kilometer weit in Richtung Norden verbreitet, so das Umweltministerium in einer Stellungnahme. Insgesamt sei eine Fläche von 18.000 Quadratkilometern betroffen. Lediglich etwa ein Drittel des Öls habe man bislang wieder einsammeln können. Umweltschützer sprechen von irreparablen Schäden für Flora und Fauna. Besonders problematisch ist, dass auch zwei Naturschutzgebiete betroffen sind, die als Rückzugsgebiete für bestimmte Vogelarten dienen. Daneben fallen auch die Haupteinnahmequellen der Bevölkerung in der Region aktuell komplett weg. Neben der Fischerei ist vor allem der Tourismus für sie eine wichtige Einnahmequelle. In einer auf der eigenen Internetseite veröffentlichten Mitteilung verkündet Repsol, man habe ein Kooperationsabkommen mit den Einzelhandelsvertretern der Stadt Santa Rosa getroffen. Man sei im Austausch, um die Menschen zu unterstützen. Auch befinde man sich in einigen weiteren Städten in Gesprächen mit den Fischervereinigungen. Inwieweit dort auch über mögliche Schadensersatzzahlungen gesprochen wurde, geht aus dem Schreiben nicht hervor. Ob 35 Millionen US-Dollar vor dem Hintergrund der Zerstörung einer Vielzahl von Existenzen und des nachhaltigen Schadens für die Umwelt eine angemessene Strafe für eines der 700 größten Unternehmen weltweit sind, bleibt allerdings eine berechtigte Frage.

Rumcocktails gegen Beijing

Taipeh springt Vilnius in der Auseinandersetzung mit China mit skurrilem PR-Stunt bei

ringt Jose W. Fernandez die zerne aus der EU ein ernstes Problem. Wende? Der für Wachstum, Energie und Umwelt zuständige Staatssekretär im US-Außenministerium ist am Sonntag in der litauischen Hauptstadt Vilnius eingetroffen, um nach Auswegen aus der wirtschaftlichen Sackgasse zu suchen, in die sich Litauen mit der Eröffnung eines »taiwanischen Vertretungsbüros« manövriert hat. Die gezielte Provokation, eng mit Washington abgestimmt, war als eine Art Leuchtfeuer in der jüngsten US-Kampagne gedacht, die international dafür wirbt, die Beziehungen zu Taiwan auszubauen, um China Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Nun zeigt sich jedoch: China reagiert hart; Litauens bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu ihm sind zum Erliegen gekommen, und, gravierender: Die Volksrepublik will auch keine Waren mehr importieren, die irgendwelche Komponenten aus Litauen enthalten. Der Schritt, mit dem die Regierung in Vilnius erklärtermaßen nicht gerechnet hat, ist für die vielen im Land ansässigen Zulieferer großer Kon-

Die Regierung steckt entsprechend in der Klemme. In den westlichen Medien erhält sie viel Beifall; CNN etwa titelte am Wochenende lobend: »Wie ein winziges europäisches Land sich mit China angelegt hat«. In Litauen selbst sieht es anders aus. Im politischen Establishment war der Schritt von Anfang an kritisch gesehen worden; Staatspräsident Gitanas Nausėda etwa, der populärste Politiker des Landes, hat sich bald von ihm distanziert. Im Dezember ergab eine vom Außenministerium in Auftrag gegebene Umfrage, dass rund 60 Prozent der Bevölkerung die China-Politik der Regierung für falsch hielten, während nur 13 Prozent sie unterstützten. Außenminister Gabrielius Landsbergis beschwerte sich zwar anschließend, mit einer geschickteren Fragestellung hätte man ein besseres Resultat erzielen können – aber dafür war es zu spät.

Was tun? Taiwan ist bemüht, in die Bresche zu springen. Anfang Januar kaufte Taipeh in einem skurrilen PR-Stunt gut 20.000 Flaschen litauischen Rums; seitdem wird auf der Insel für Rumcocktails geworben. Ernster gemeint sind ein 200 Millionen US-Dollar schwerer Investitions- und ein eine Milliarde US-Dollar schwerer Kreditfonds, mit denen Taipeh Geschäfte taiwanischer Unternehmen mit Litauen fördern will. Konkret im Gespräch sind Investitionen des taiwanischen Halbleiterproduzenten TSMC, eines der größten weltweit; anknüpfen könnte TSMC daran, dass Litauen über eine exzellente Laserherstellung verfügt, was für die Chipherstellung vorteilhaft wäre. Nur, auch die deutsche Regierung ist mit TSMC im Gespräch; und ganz abgesehen davon: Kann TSMC hochkomplexe Halbleiter in einem Land herstellen, das faktisch keinerlei Geschäftsbeziehungen zu China unterhält?

Weil die Lage eher ungünstig scheint - die jüngst angekündigte EU-Beschwerde gegen China bei der WTO kann sich über Jahre hinziehen -, drängt Washington Vilnius seit Mitte Januar, vorsichtig beizudrehen. US-Diplomaten schlügen vor, die Bezeichnung »taiwanisches Vertretungsbüro« zu ändern, berichtete unlängst die Financial Times. Litauens Staatspräsident Nausėda nahm den Ball auf; vergangene Woche philosophierte er in einem Interview über die Schwierigkeiten, die sich beim Übersetzen heikler Begriffe aus dem Litauischen ins Chinesische und zurück ins Englische ergäben - ein Versuch, der Regierung in Vilnius eine Brücke zu bauen. Die aber stellt sich stur, und auch Taipeh ist laut der Financial Times nicht geneigt, der Umbenennung seines Büros etwa mit Hilfe des international gängigen Begriffs »Taipeh-Vertretung« zuzustimmen.

Wie weiter? Am Rande von Fernandez' Gesprächen in Vilnius, die an diesem Dienstag zu Ende gehen - der Staatssekretär fliegt weiter nach Brüssel -, wurden Details zu Exportkrediten besprochen, die Washington in einer Höhe von bis zu 600 Millionen US-Dollar bereitstellen will. An protzigen Finanzzusagen mangelt es Vilnius nicht. Ungewiss ist, ob sie der litauischen Wirtschaft helfen. Jörg Kronauer

Ecuador: Ölpipeline bei Erdrutsch beschädigt

Quito. In Ecuador ist bei einem Erdrutsch im Amazonasregenwald eine Ölpipeline beschädigt worden. Nach Regierungsangaben sei dabei eine »riesige Menge« Rohöl ausgelaufen. Wie der Pipelinebetreiber OCP Ecuador am Sonntag mitteilte, sei mit der Reparatur der Bruchstelle begonnen worden. Das auslaufende Öl werde mittlerweile in Auffangbecken gesammelt und mit Tankwagen abtransportiert. Schwere Regenfälle hatten am Freitag in der ecuadorianischen Provinz Napo eine Schlammlawine verursacht, wobei ein Felsbrocken ein Loch in die Pipeline gerissen hatte, die Öl aus dem Amazonasregenwald zu den Häfen am Pazifik transportiert.

Lithium: Vulcan Energy und LG Chem kooperieren

Bangalore. Der australische Lithiumkonzern Vulcan Energy hat mit der Batteriesparte des südkoreanischen Unternehmens LG Chem, LG Energy Solution, einen Vertrag über den Verkauf von Lithiumhydroxid aus seiner Gewinnung in der Bundesrepublik geschlossen. Laut Vereinbarung wird der Batterieproduzent ab 2025 über fünf Jahre bis zu 50.000 Tonnen Lithium in Batteriequalität kaufen, teilte Vulcan am Montag mit. Für die Förderung von Lithiumhydroxid aus dem Oberrheingraben hat der Konzern bereits Lieferverträge unter anderem mit Volkswagen und Stellantis geschlossen. (Reuters/jW)

Materialmangel leicht nachgelassen

München. In der BRD-Industrie hat der Materialmangel leicht nachgelassen. Wie das Münchner Ifo-Institut mitteilte, haben in einer Umfrage unter 2.300 Unternehmen im Januar rund 67 Prozent über Probleme bei der Beschaffung von Teilen und Material geklagt. Im Dezember waren es laut Institut noch rund 82 Prozent gewesen. Eine Trendwende zeichne sich iedoch nicht ab. Demnach hätten noch rund 90 Prozent der Elektrohersteller über Mangel geklagt. (dpa/jW)



FEUILLETON Dienstag, 1. Februar 2022, Nr. 26

Spotify entscheidet

Mit ihrem ganzen Gewicht kämpfen Pop- und Rockmammuts wie Neil Young und Joni Mitchell gegen Coronafalschinformationen. Nun reagiert das Streamingunternehmen Spotify. Podcaster Joe Rogan, Stein des Anstoßes, meldet sich derweil selbst eher kleinlaut zu Wort. In einem rund zehnminütigen Instagram-Video sagte der 54jährige US-Moderator mit Blick auf seine Kritiker: »Es tut mir sehr leid, dass sie sich so fühlen, das ist ganz sicher nicht, was ich möchte. Ich bin ein großer Neil-Young-Fan.« Im Stile eines naiven Teenagers ist seine Ausflucht: »Ich plane alles selbst und mache es nicht immer richtig.« Darüber hinaus zeigte sich der Moderator damit einverstanden, dass der Streamingdienst Beiträge zu Covid-19 künftig mit einem Hinweis versehen will. Der Gründer und Eigentümer von Spotify, Daniel Ek, hatte diesen Schritt am Sonntag in einem Blogeintrag angekündigt. Spotify will künftig alle Beiträge zu Corona mit einem Hinweis versehen, der zu wissenschaftlich fundierten Informationen aus verlässlichen Quellen führen soll. Dies soll in den kommenden Tagen weltweit umgesetzt werden, teilte Ek mit. Joe Rogan gelobte derweil Besserung: Er wolle in Zukunft Ausgewogeneres abliefern. Auch wolle er sich besser auf die Interviews vorbereiten.

Zuvor hatten mehrere Künstler, darunter Neil Young und Joni Mitchell, angekündigt, ihre Musik von Spotify abzuziehen. Sie protestierten damit gegen Rogans Podcast, der auch von zahlreichen Wissenschaftlern als verharmlosend kritisiert wurde. Spotify habe umfassende Inhaltsrichtlinien, hieß es daraufhin seitens des schwedischen Unternehmens, und seit Beginn der Pandemie mehr als 20.000 Podcastepisoden mit Bezug auf Corona aus dem Angebot entfernt. Joe Rogans Podcast »The Joe Rogan Experience« existiert seit 2009. Derzeit ist es der meistgehörte auf Spotify, der Exklusivvertrag zwischen Eks Unternehmen und Rogan millionenschwer. Für Spotify also eine Geldfrage, an wen es sich besser verdienen lässt: an Musikurgesteinen oder an Erfolgspodcastern und ihrer Publicity durch möglichst provokante Gäste, gern aus allerlei reaktionären Lagern? Oder bekommt man sie doch weiterhin alle? Spotify drückt sich selbst die Daumen. (dpa/jW)



an kann über die USA viel Gutes sagen, wenn es um ▲ Wissenschaft und Technik, um Literatur, Film und Musik geht. Hingegen viel Schlechtes, wenn es um Politik geht, um Weltpolitik. Ihre beste Tat liegt ein Menschenalter zurück, es war ihr nicht groß genug zu schätzender Beitrag zur Niederwerfung der faschistischen Bestie Deutschland 1945 – keine uneigennützige Tat, aber die Interessen der Vereinigten Staaten deckten sich damals mit denen der Menschheit.

Was die USA aber seither tun, tun sie allein im eigenen, die errungene Weltherrschaft mit allen Mitteln sichernden Interesse. So sieht es der Historiker Bernd Greiner, Gründungsdirektor des »Berliner Kollegs Kalter Krieg« und zuvor Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, wo er über Theorie und Geschichte der Gewalt forschte. Dementsprechend rückt er nun »die Schattenseiten des amerikanischen Jahrhunderts« ins Licht: »die Tatsache, dass Unzählige ihr Leben lassen mussten, Gesellschaften traumatisiert und Staaten ruiniert wurden. weil die USA ihren Anspruch auf Ordnung der Welt durchsetzen wollten. Die Vereinigten Staaten haben mit Abstand die meisten Kriege geführt, wiederholt Angriffskriege vom Zaun gebrochen und das Völkerrecht mit Füßen getreten. Sie sind einsamer Spitzenreiter beim Sturz missliebiger, auch demokratisch gewählter Regierungen.«

Was Greiner hier auf der ersten Seite des Vorworts schreibt, fasst bereits zusammen, was im Folgenden en détail nachgereicht, das heißt beschrieben und belegt wird – und die Lektüre lohnt sich.

Angetrieben von der Idee der Auserwähltheit, deren Wurzeln in der Religion liegen und deren Frucht der Wahn ist, die Welt vom Übel, insbesondere dem Kommunismus, zu erlösen, wollen die USA allen »Freedom and Democracy« bringen – doch der Glaube, gut zu sein, erweist sich als die Lizenz, Böses zu tun.

Zwar ist es eine Binse, dass es unter Staaten keine Freundschaft, nur Interessen gibt. Aber jene vorzugeben, diese zu betreiben und Partnerschaft in Feindschaft umschlagen zu lassen, für diese Politik stehen drei Beispiele besonders: Guatemala, der Iran und Vietnam. Dafür, dass Jacobo Árbenz Guzmán, Mohammad Mossadegh und Ho Chi-Minh Freiheit und Demo- In Vietnam metzeln die GIs in den kratie über den Eigennutz der USA Dörfern Männer, Frauen und Kinder stellten, wurden ihre Länder gestraft. nieder und erschießen sogar Babys,



Die Welt vom Übel des Kommunismus befreien: Ein US-Soldat legt während des Massakers von My Lai in Vietnam Feuer (16.3.1968)

Bestialischer Auftritt

Die Mutter aller Schurkenstaaten: Bernd Greiners Buch über die »die Schattenseiten des amerikanischen Jahrhunderts«. Von Peter Köhler

Ebenso vielen anderen: Wo immer die USA ihre »vitalen Interessen« bedroht sahen, sei's durch Kuba, sei's durch Chile, sei's durch wen auch immer, griffen sie zu Mitteln, die von »Einschüchterung, Nötigung, Erpressung« über Sabotage und Mordanschlag bis zu Putsch und Krieg reichten, »saubere Folter« seit Jahrzehnten inbegriffen – etwa für Personen, die sich im Widerstand gegen brav mit den USA zusammenarbeitenden Diktatoren befinden.

Wirklich neu ist das meiste nicht. was Greiner auf 280 Seiten ausbreitet, aber selten wurde es so konzentriert und erschöpfend dargeboten. Dies nicht nur im großen Ganzen, sondern exemplarisch auch im einzelnen Zitat, das die Verrohung der Politiker -Kissinger will Nixon zu einem »bestialischen Auftritt« anstacheln - wie der Handlanger vor Ort dokumentiert. wie CBS 1969 in einer Fernsehreportage berichtet. Auf die Frage »Wie erschießt man Babys?« antwortet ein Soldat: »Keine Ahnung, es kommt halt

Dass solche Taten publik gemacht werden, ist allerdings ein Unterschied zu Diktaturen. Ein zweiter ist der, dass es auch Politiker gab und gibt, die das Regierungshandeln offen kritisieren – ein dritter schließlich, dass die Bevölkerung (Stichwort: Vietnamkrieg) tatsächlich der Führung die Gefolgschaft verweigert. Die USA, durch Landraub und Völkermord entstanden, mögen eine gewalttätige und militaristische Gesellschaft sein, wie Greiner zu verstehen gibt – aber sie sind eben nicht

Und wo sie es sind, sind sie es nicht allein. Was Greiner, der ganz auf die USA fokussiert ist, aus dem Blick gerät, ist ihr Geschick, Verbündete zu gewinnen, deren Interessen auf der gleichen Linie liegen und die sich nur

deshalb weniger übel betragen, weil sie zu schwach dafür sind oder die USA die Drecksarbeit für sie erledigen. Insbesondere Deutschland hat jahrzehntelang profitiert, dass es im Windschatten der USA Welthandel betrieb, ohne sich die Hände durch militärisches Eingreifen schmutzig machen zu müssen.

Nicht zu vergessen: Die über Jahrhunderte verübten Verbrechen der europäischen Kolonialmächte stehen den amerikanischen nicht nach, im Gegenteil. Wenn Greiner jetzt das Zeitalter der US-amerikanischen Dominanz zu Ende gehen sieht und für Europas Unabhängigkeit und Lösung vom großen Bruder jenseits des Atlantiks plädiert, so hat die Welt davon nichts zu erhoffen.

■ Bernd Greiner: Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben. Beck-Verlag, München 2021, 288 Seiten, 16,95 Euro

Vertikale und horizontale Wüsten ■ Wirtschaft als das Leben selbst. Von Helmut Höge

ie Norwegerin Erika Fatland zeigt in ihrem Buch über den Himalaja, »Hoch oben«(2021), wie das Hängen in den Steilwänden von einer Teambuilding-Maßnahme für Manager in den 70ern zum Reiseziel für fortwährende Rekorde geworden ist: 2013 schaffte es die erste amputierte Frau auf den Gipfel (8.848 Meter), die ersten Zwillinge und der älteste Mann (80), 2014 das jüngste Mädchen (13), 2017 der erste Krebspatient und so weiter. Der erste Besteiger mit einer Doppelamputation musste sich 2006 die Klettererlaubnis erst vorm Obersten Gerichtshof Nepals erstreiten. Dieser kam zu dem Schluss: Niemandem dürfe der Zugang zum Mount Everest verwehrt werden. Vor allem Sherpas, die sich unverantwortlichen Führungen verweigern, fühlen sich übergangen.

In der Sowjetunion war das Bergsteigen, aber auch das Hochklettern an Bäumen, Straßenlampen und Hausfassaden Volkssport. Dieser wurde ab 1939 durch eine Reihe importierter deutscher Filme von und mit dem Filmemacher und Abenteuerakrobaten Harry Piel noch populärer. Die KPdSU versuchte gegenzusteuern, eine Schlagzeile der Prawda lautete: »Wider den Harrypielismus«. Zu viele hatten ihre Kletterfähigkeiten über-

Dem Südtiroler Bergsteiger Reinhold Messner geriet das Gehen ans Limit zum Lebensinhalt. Er bestieg alle 14 Achttausender, durchquerte Grönland und die Antarktis zu Fuß sowie mit 60 die Wüste Gobi - allerdings halb per Anhalter. Sein Buch darüber, »Gobi. Die Wüste in mir« (2018), ist Tiroler Existentialismus. Es geht Messner, ein Schlossherr inzwischen, »immer wieder um extreme Herausforderungen«, um eine

umweltschonende »Revolutionierung des Abenteuerbegriffs«. Man könnte ihn als einen Ernst Jünger für Ökos bezeichnen, wäre nicht schon Jünger selbst der Jünger für Ökos, Drogenschlucker und Insektensammler. Messner: »Ich darf jetzt keine Zeit verlieren, wenn ich mein Leben nicht verspielen will. Die Wüste ist ungeheuer groß und doch Schritt für Schritt zu durchqueren, wenn ich mir die Hoffnung nicht nehmen lasse und meinem innersten Wesen bis zuletzt treu bleibe.« Unterwegs hört er Stimmen, die ihn fühlen lassen: »Im Gehen spüre ich, sogar in der Wüste, die Mitte in mir.«

Nicht viel anders die Biologin Carmen Rohrbach (aus dem Greifswalder »Lamarck-Zirkel«), ebenfalls Liebhaberin von »Extremdestinationen«. In ihrem Buch »Mongolei« (2008) schreibt sie: »Man war schnell daheim in der Wüste, weil alle schwierigen Dinge fehlten ... Nirgendwo anders als in der Wüste bedeutet Leere zugleich Erfüllung.«

An Gefährliches wagen sich auch immer mehr Tierfilmer. Als man Andreas Kieling fragte, warum er so an der arktischen Fauna interessiert sei. antwortete er: »Ganz einfach – ich musste mir sehr genau überlegen, wo es eine Marktlücke gab.« Der vielgereiste Fernsehproduzent Roger Willemsen berichtet in seinem posthum erschienenen Buch »Unterwegs« (2020) von einem Gespräch mit einer Stewardess: »Sie gesteht mir in 11.000 Meter Höhe verschwörerisch, auf Langstreckenflügen höre sie Stimmen in den Wolken. >Es sind die Toten, die da reden<, sagt sie, >sie tun es nur über Meeren, Bergen und Wüsten<. Ich lächele. >Das Universum lacht nicht<, raunt sie.«

Dienstag, 1. Februar 2022, Nr. 26

Rätselstimmung und Echo

Die selten gespielte Oper »Antikrist« von Rued Langgaard feierte am Sonntag Premiere an der Deutschen Oper Berlin. **Von Kai Köhler**

b etwa 1910 entstanden wieder vermehrt Werke für die Bühne, in denen einfache literarische Typen auftreten. Die konnten sozial bestimmt sein wie »der Bettler«, »der Reiche« oder aus dem Fundus der alten Personifikationsallegorien kommen: »der Tod«, »die Gier«, »der Missmut« usw. Grund dafür war ein Misstrauen gegenüber einer sich immer feiner verästelnden Psychologie der Figuren, die die Handlung lähmte. Bald kam im expressionistischen Theater die Verzweiflung über den Ersten Weltkrieg und die gesellschaftlichen Zusammenbrüche hinzu. Die Typen schienen dazu geeignet, einerseits Missstände in aller Klarheit zu repräsentieren, andererseits für ein ersehntes Rettendes, Heiles zu stehen.

Diese Entwicklung betraf auch das Musiktheater. Komponisten mit ganz unterschiedlicher Ästhetik von Arnold Schönberg bis Igor Strawinsky schufen Mischformen von Oper und Oratorium. Einen bislang wenig bekannten Beitrag setzte mutig die Deutsche Oper Berlin aufs Programm, Rued Langgards 1921–23 geschriebenen und bis 1930 umgearbeiteten »Antikrist«. Es ist ein Werk über Verderbnis und Erlösung.

Zu Beginn duldet Gott, dass der Antichrist in die Welt tritt und sein unheilvolles Treiben beginnt. Folgt man Langgards selbstgeschriebenem Text, so ist eine ganze Reihe von Schrecken die Konsequenz. Eine Rätselstimmung und ihr Echo kommen vor, »der Mund« prahlt mit großen Worten von Fortschritt und Logik, mit dem »Missmut« wird es nicht besser, »die große Hure« und »die Lüge« konkurrieren, Luzifer will das Weltgericht an sich reißen. Gott greift ein und stellt den Frieden wieder her. Sehr viel mehr geschieht nicht in den etwa neunzig Minuten der Aufführung, und auf diese Weise zusammengefasst, klingt es sehr dumm.

Das Libretto macht es zumindest in der in Berlin gesungenen deutschen Fassung nicht besser. Es schwelgt in Metaphern, die in Friedrich Nietzsches zur Entstehungszeit der Oper populärem



Nach dem Verkehrsunfall der Schöpfung: Thomas Lehman als Luzifer und Jonas Grundner-Culemann als Gottes Stimme

»Zarathustra« stehen könnten. Langgaard folgt Nietzsche in der Abwertung einer Moderne, die beiden grell, oberflächlich, genusssüchtig und verlogen erscheint. Er folgt ihm nicht in der Verherrlichung eines erträumten starken Übermenschen, der sich die Schwächeren als Sklaven unterwirft. Die Kraftentfaltung des Ersten Weltkriegs hatte die Klügeren von solchen Identifikationen mit der Macht geheilt. Als Lösung hätte ja nicht gleich die Identifikation mit dem von Nietzsche verabscheuten Christentum herhalten müssen.

Als Komponist irritierte Langgaard bereits seine Zeitgenossen. Er schrieb idyllische Musik, die wie ein Rückgriff auf die Frühromantik klingt, und operierte mit Klangflächen, die ähnlich erst Jahrzehnte später geschrieben wurden. Dabei findet man weder ein Fortschreiten von harmlosen Anfängen zu kühnen Experimenten noch eine Entwicklung vom jugendlichen Provokateur zum gefälligen Klassizisten. Immer wieder wandelte Langgaard seinen Stil, zuweilen auch innerhalb eines Werkes. Das gilt auch für den »Antikrist«: Volksliedhafte Passagen stehen neben Stellen, die sich prägnanter auch bei Richard Wagner und Richard Strauss finden ließen. Immer wieder aber hört man wirklich gelungene Einzelheiten, die Instrumentierung »klingt gut«, aber ohne im Klischee verhaftet zu bleiben. Langgaard erreicht durchaus einen eigenen Orchesterklang. Vor allem gibt es Abschnitte in der Musik, die als beinahe voneinander unabhängige Schichten gesetzt sind. Dies alles wird vom Orchester der Deutschen Oper unter der Leitung von Stephan Zilias deutlich herausgearbeitet.

Dadurch ergab sich ein Konflikt zwischen ideologischem Text und kompositorischer Umsetzung. In allen Künsten ist es einfacher, das Böse interessant darzustellen, als das Gute. Dem entkam auch Langgaard nicht. Wenn »Der Missmut« am Ende des ersten Teils eine vollends sinnlos gewordene Welt beklagt, ist dazu eine überwältigende Musik zu hören. Wenn die Welt im zweiten Akt dank der Gnade Gottes gerettet wird, erklingen fromme Chöre von ziemlicher Langeweile. Eine solche Erlösung will man lieber nicht, zumal sie ewig zu dauern droht.

Die Regie von Ersan Mondtag weiß mit alldem wenig anzufangen. Die Aufgabenstellung scheint eigentlich klar: in einem handlungsarmen Werk mit lauter Allegorien auf der Bühne die jeweiligen Situationen zu verdeutlichen. Mondtag aber erklärt sein Vorgehen im Programmheft so: »Es gibt immer werkimmanente Anhaltspunkte für die Bilder – ich fasse die Inspirationen aber meistens sehr weit. Dazu gesellen sich bestimmte Figuren und Assoziationen. Am Ende entscheide ich mich meistens für einen Entwurf, der in einer gewissen Diskrepanz zum Inhalt steht, so dass es keine klare, eindeutige Bebilderung des Werkes ist, sondern ferne Welten darin aufscheinen. Dadurch entsteht eine inspirierende Reibung zwischen dem Werk und seiner Inszenierung.«

Das mag bei sehr geläufigen Opern mit einem szenisch einprägsamen Verlauf funktionieren. Wenn aber das Werk so unbekannt ist wie die allegorische Zuordnung problematisch, dann richtet diese Inszenierungsweise nur Verwirrung an. Man versteht kaum, wer Gott, wer Luzifer und wer Antichrist ist. Immer ist zuviel zu sehen. Eine Tanzgruppe fügt dem Verlauf eine eigene Schicht hinzu, ohne dass die Verbindungen klar würden. Keines der umfangreichen Orchesterzwischenspiele bleibt unbebildert – oft aber weiß man nicht, wer da was macht und vor allem warum. Political correctness darf nicht fehlen: Eine riesige Gottesfigur hat eine Vulva, um – so Mondtag – »der im Christentum männlich geprägten Figur Gottes etwas Genderfluides entgegenzusetzen«. Aber vielleicht ist das Christentum wirklich patriarchal?

Zwar gelingen Mondtag abseits solcher Missgriffe immer wieder kluge Einzelheiten, doch haben sie keinen Bezug zu einem Ganzen. Darum können sich die Figuren auch nicht entfalten. Als Mittelpunkt des Abends behauptet sich – gegen die aufdringlichen Bebilderungen – das Orchester. Wenn man die Aufführung nicht sehen muss, man sollte sie doch hören.

■ Nächste Aufführungen: 5., 9. u. 11.2.

er außer ihm, dem unprätentiösen, stets neugierigen und begeisterungsfähigen Filmemacher und Autor Richard Blank, hätte dergleichen vermocht: Im Auftrage des *Bayerischen Rundfunks* und unterstützt von den jeweiligen Goethe-Instituten drehte er seit Beginn der 1990er Jahre in 18 Ländern unter dem Titel »Kinder der Welt, Lieder, Verse« eine Reihe 45minütiger Dokumentarfilme. Eine Herkulesaufgabe, die ihn in alle fünf Erdteile führte. Von Portugal bis Peru, von Marokko bis Malaysia traf er Kinder, die ihm Gedichte und Texte auswendig aufsagen konnten.

Erstaunlicherweise waren vor allem in Russland und China die Kinder in der Lage, Verse gerade auch aus der »klassischen Literatur« vorzutragen. Im flächenmäßig größten Land der

Eine Herkulesarbeit

Das poetische Vermächtnis des Dokumentarfilmers Richard Blank

Erde, in der Russischen Föderation, ist man vom Polarkreis bis zur mongolischen Grenze mit denselben Dichtern vertraut: von Puschkin und Lermontow bis zu Majakowski und Jewtuschenko. In China, erfährt Richard Blank zu seinem Erstaunen, reicht der Fundus auf der ethischen Grundlage des Konfuzianismus nicht nur zwei Jahrtausende zurück, sondern wird Poesie sogar in einer normalen Volksschule als reguläres Unterrichtsfach gelehrt. Das tägliche Leben, lernen Kinder, wird in der uralten chinesischen Schriftsprache

begleitet von Bildern, die sie verstehen und damit aufrufen können. Sie schöpfen gleichsam aus der konfuzianischen Tradition.

Richard Blanks Dokumentarfilme »Kinder der Welt, Lieder, Verse« sind ein erstaunlich konsequent und unter strapaziösen Reisebeschwernissen ausgeführtes Plädoyer für die weltumspannende Kraft einer humanistischen Universalpoesie.

Im Alter von 82 Jahren ist Richard Blank am II. Januar in München gestorben. Mit ihm ist ein außergewöhnlicher

Filmemacher, Drehbuchautor und Autor verstummt. Es lohnt sich, ihn neu zu entdecken. Blanks früher Dokumentarfilm »Die Zigeuner kommen« (1976) über Antiziganismus, seine neu erzählte »Matthäuspassion«, der Kinofilm »Prinzenbad« (mit Bernhard Wicki und Ulrich Wildgruber) zum Beispiel sind Sinnbilder einer zutiefst beschädigten Wirklichkeit. Richard Blank – auch das keinesfalls selbstverständlich - hat seine künstlerische Praxis immer wieder reflexiv begleitet mit theoretischen Studien über »Schauspielkunst in Theater und Film«, »Drehbuch«, »Film & Licht«. Stephan Reinhardt

■ Richard Blank: Die Poesie unserer Zeit. Kinder aus 18 Ländern und ihre Reime, Lieder, Verse. Edition Smidt, Pullach 2021, 327 S., 21,90 Euro

Anschlag auf Musikfestival

Bei einem Angriff auf ein Musikfestival in Paraguay sind zwei Menschen ums Leben gekommen. Vier weitere wurden verletzt, als die Täter am Sonntag abend (Ortszeit) während eines Konzerts in der Stadt San Bernardino das Feuer eröffneten, wie das Innenministerium des südamerikanischen Landes mitteilte. Die Ermittler gingen davon aus, dass es sich um einen gezielten Anschlag auf eines der Todesopfer handelte. Die zweite Tote war offenbar in die Schusslinie geraten. Der Hintergrund des Anschlags war zunächst unklar. Beamte einer Einheit für organisiertes Verbrechen übernahmen die Ermittlungen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte.

Premium kehrt zurück

Die Modemesse Premium kehrt zurück in die Hauptstadt. Mit der Rückkehr des Messeveranstalters Premium Group habe Berlin einen wichtigen Partner wieder zurückgeholt, hieß es am Montag seitens des Senats. Die Premium Group bestätigte der Deutschen Presseagentur die Pläne. In Berlin sind die Veranstaltungen vom 7. bis 9. Juli auf dem Gelände rund um den Funkturm und den Sommergarten geplant. Die Premiere war im vergangenen Jahr pandemiebedingt nur digital möglich. Zuvor war völlig überraschend bekannt geworden, dass Berlin mehrere Modemessen an Frankfurt am Main verliert. (dpa/jW)

Kleiner geht kaum

Porscher haben die weltweit kleinste bekannte Landschnecke entdeckt. Die nur 0,46 bis 0,57 Millimeter große Art Angustopila psammion sei in Proben von Höhlensedimenten aus Vietnam gefunden worden. »Unsere Entdeckung hat sofort die Frage nach den evolutionären Mechanismen aufgeworfen, die dazu führen, dass einige Schnecken solch eine geringe Größe besitzen«, erklärte am Montag Adrienne Jochum vom Senckenberg-Forschungsinstitut und Naturmuseum Frankfurt am Main. Nach Einschätzung der Forscher liegt die Größe der gefundenen Schnecke an der Untergrenze erwachsener Landschnecken. »Sehr viel kleiner können die Tiere nicht werden, da es eine bestimmte Anzahl von Neuronen geben muss, die eine Schnecke funktionsfähig machen.« Das internationale Team entdeckte zudem eine weitere ungewöhnliche Schnecke in Proben aus Laos: Die nur 0,49 bis 0,58 Millimeter große »Mistsammler«-Schnecke Angustopila coprologos schmücke ihr Gehäuse mit Kotkörnern, hieß (dpa/jW)

ür Bayer-Chef Werner Baumann geht vom Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung unter dem Slogan »Mehr Fortschritt wagen« das »richtige Signal für die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft« aus. Jetzt komme es auf die konkrete Ausgestaltung an, erklärte er gegenüber dem Handelsblatt. Aber auch da kann der große Vorsitzende nicht meckern. So erweisen die Autoren des Papiers im Klimaschutzkapitel zunächst einmal den Konzernen ihre Reverenz. »Unsere Wirtschaft legt mit ihren Unternehmen, den Beschäftigten sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern die Grundlage für unseren Wohlstand«, lautet der erste Satz. Blöd nur, dass »unsere Wirtschaft« mit ihrem Treibhausgasausstoß auch die Grundlage für eine Gefährdung des Ökosystems »Erde« legt. Also muss nach dem Willen der Ampelkoalitionäre eine Art von Abhilfe her, die Bayer und Co. schont. Deshalb federn sie die geplanten Maßnahmen entsprechend ab.

»Klimaschutz versus Artenschutz« - so lautet die neue Frontstellung. Auch die Bürgerbeteiligung muss dabei zurückstehen. Das Recht auf Einwendungen schleift die Regierung Scholz gehörig. Projekte wie die Kohlenmonoxidpipeline und der Autobahnausbau in Leverkusen inklusive neuer Rheinbrücke und Öffnung der ehemaligen Bayer-Deponie »Dhünnaue« dürften jetzt erheblich leichter grünes Licht erhal-

Über eine im Jahr 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführte Abgabe hat sich neben den Privathaushalten - in geringerem und im Falle von Bayer noch einmal reduziertem Maße – auch die Industrie an den Kosten für Windparks, Sonnenenergie- und Photovoltaikinfrastruktur beteiligt. Aber selbst das erspart ihr »Rot-Grün-Gelb« nun. »Um (...) für sozial gerechte und für die Wirtschaft wettbewerbsfähige Energiepreise zu sorgen, werden wir die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis beenden. Wir werden sie

Koalition für »unsere« Wirtschaft

Mit der Losung »Mehr Fortschritt wagen« treten SPD, Grüne und FDP an. Für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit steht die Ampel jedoch auf Rot. Eine grüne Welle gibt es nur für Wunschvorhaben der Industrie. Die zeigt sich zufrieden. Von Jan Pehrke

»Um unsere heimische Industrie, insbesondere die Grundstoffindustrie zu unterstützen, werden wir in dem für die Erreichung der Klimaziele ausreichendem Maße geeignete Instrumente schaffen«, heißt es im Koalitionsvertrag.

»Turbo für Großprojekte«

Im einzelnen planen die drei Parteien, den Ausstieg aus der Kohle vorzuziehen. »Idealerweise gelingt das schon bis 2030«, formulieren sie vorsichtig und bauen sicherheitshalber mit der »Errichtung moderner Gaskraftwerke« vor. Zudem beabsichtigt die Regierung Scholz, bis zum Jahr 2030 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Ressourcen zu decken – trotz eines prognostizierten Mehrbedarfs von 20 bis 30 Prozent. Dazu möchten sie den Ausbau der Energiegewinnung aus Windkraft und anderen regenerativen Energiequellen beschleunigen und die entsprechenden Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Das bleibt jedoch nicht auf Rotoren und Sonnenkollektoren beschränkt und trägt damit einer langjährigen Forderung der Industrie nach einer »Entbürokratisierung« der verwaltungstechnischen Prozesse Rechnung. Entsprechend angetan zeigten sich Bayer und andere Konzerne von dem, was die FAZ einen »Turbo für Großprojekte« nennt.

Dabei kommt allerdings so einiges unter die Räder. So scheut die neue Regierung nicht vor »Legalplanungen« zurück, also davor, Vorhaben einfach per Gesetz zu genehmigen, statt sie den langen Marsch durch die Institutionen gehen zu lassen. Überdies hat sie vor, sich ins Reich der juristischen Spekulation zu begeben. Sie will »für solche Projekte unter gewissen Voraussetzungen eine Regelvermutung für das Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen des Bundesnaturschutzgesetzes schaffen«. daher zum 1. Januar 2023 in den Haushalt übernehmen. Die Finanzierung übernimmt der EKF (Energie- und Klimafonds), der aus den Einnahmen der Emissionshandelssysteme (BEHG und ETS) und einem Zuschuss aus dem Bundeshaushalt gespeist wird«, lautet die Ankündigung im Koalitionsvertrag.

Dem Emissionshandel mit Kohlendioxidverschmutzungsrechten waren ursprünglich noch ganz andere Aufgaben zugedacht. Er sollte den Ausstoß von CO2 so teuer machen, dass den Multis Anreize für das Errichten saubererer Anlagen geboten werden. Doch dafür kosten die Zertifikate zuwenig. So kommt es die Konzerne billiger, die CO₂-Lizenzen zu erwerben, als in klimafreundlichere Fabriken zu investieren. Die »Industrien schieben Neuinvestitionen bereits seit mehr als einem Jahrzehnt auf«, konstatiert die im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erstellte Studie »Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen«. Die Untersuchung, die »Agora Energiewende« und die Unternehmensberatung Roland Berger in Tateinheit mit Bayer, BASF, BP, Siemens und anderen Firmen erstellt haben, drückt es ein wenig vornehmer aus und spricht von »Investitionsattentismus«. Darum hilft die Ampel den Unternehmen nun freundlicherweise mit Klimaverträgen (»Carbon Contracts for Difference«) aus, »um so insbesondere auch die Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen«. Das Geld dazu stellt wieder der Energie- und Klimafonds bereit. 60 Milliarden Euro fließen per Nachtragshaushalt in diesen Topf. »Das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 erhöht die verfügbaren Mittel für die aus dem Sondervermögen > Energie- und Klimafonds < finanzierten Maßnahmen, von denen viele den Wirtschaftsunternehmen zugute kommen«, heißt es in dem



ist (Proteste gegen Bayer, Bonn, 26. April 2019)

Paragraphenwerk. Zudem garantiert die Bundesregierung »sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte durch Mindestquoten in der öffentlichen Beschaffung«.

Die Vorgängerregierung hatte 2019 mit ihrem Klimaschutzgesetz nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Bereiche »Verkehr«, »Gebäude«, »Energie«, »Landwirtschaft« und »Abfall« verbindliche Reduktionsvorgaben gemacht – inklusive einer jährlichen Überprüfung. Den Grünen reichte das ursprünglich jedoch nicht. In ihrem Wahlprogramm formulierten sie die Erfordernis, die Regularien »nachzuschärfen«. Davon lassen sie jetzt jedoch ab. Und Die Zeit kennt auch den Grund: »Da die Klimaschutzmaßnahmen der neuen Koalition nicht unmittelbar zu einer Senkung der Emissionen führen, werden in den kommenden Jahren wohl viele Sektoren ihre Ziele verfehlen. Nun allerdings wären es grüne Minister, die die Misserfolge erklären müssten, was die Parteiführung offenbar vermeiden wollte. Annalena Baerbock soll diese Überlegung in mehreren internen Gesprächen zum Ausdruck gebracht haben.« Von einem Klimaministerium mit Vetorecht ist auch nichts geblieben. Olaf Scholz sprach in seiner Regierungserklärung zwar noch von einer »zentralen Querschnittsaufgabe«, an der sich die Ampelkoalition messen lassen will, aber die Evaluation erfolgt dezentral ohne »grüne« Oberaufsicht. Den Klimacheck für alle Gesetze führen jetzt die jeweils verantwortlichen Ministerien durch.

Dementsprechend enttäuscht zeigte sich die Grünen-Basis von den Vereinbarungen. »Die versprochenen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sind unmöglich zu erreichen«, heißt es resümierend in dem Aufruf »Mehr grün wagen«. Und die Grüne Jugend konstatiert bei aller Notwendigkeit, auf die Koalitionspartner zuzugehen: »Aber klar muss sein, mit dem Klima kann man nicht einfach so Kompromisse machen.« Auch in Zahlen fiel die Reaktion der Partei auf das Verhandlungsergebnis verhalten aus. Nur 57 Prozent der Mitglieder beteiligten sich überhaupt an der Urabstimmung über den Koalitionsvertrag, und 86 Prozent von ihnen votierten dann für »Ja«. Fridays for Future war ebenfalls nicht sonderlich begeistert. »Während die Welt auf knapp drei Grad Erhitzung hinsteuert, verfehlt der Vertrag von SPD, Grünen und FDP noch vor Amtsantritt die eigenen Versprechen zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze. Trotzdem feiern wir nach 154 Wochen Klimastreiks auch Erfolge der Klimabewegung wie den Kohleausstieg 2030«, heißt es in einer Erklärung der Organisation.

Viel mehr zu feiern hatten allerdings Bayer und Co. So begrüßte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seiner Stellungnahme zum Koalitionsvertrag den Entschluss der Bundesregierung, den Unternehmen bei der CO2-Reduktion nicht mehr so genau auf die Finger zu schauen. In der »Abkehr vom ineffizienten Mikromanagement einer Nachjustierung jährlicher Sektorziele« sah der Verband »das richtige Signal«. Auch freute seine Vertreter, »dass das Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 >weich< ausgestaltet ist« und der Ampelkoalition »Erdgas als Brückentechnologie« gilt. Dem Verband kommt es in Sachen »Energie« nämlich zuvorderst auf die Versorgungssicherheit an - und auf die Stromkosten. In diesem Zusammenhang lobt er SPD, Grüne und FDP sehr dafür, die »Wettbewerbsfähigkeit« ernstgenommen zu haben, und nennt als Beispiele die Streichung der EEG-Umlage und die Reform der Netzentgelte. Die Klimaschutzverträge gefallen dem BDI natürlich ebenfalls, allerdings haben die Kontrakte für ihn zuviel mit dem



offindustrie (...) unterstützen«, weiß diese Koalition junger Menschen, worauf es ankommt und wer der Gegner

Klimaschutz zu tun. Die »Knüpfung von Industrieentlastungen an die Umsetzung wirtschaftlicher Energieeffizienzmaßnahmen« schätzt er deshalb entsprechend kritisch ein.

Beim Verband der Chemischen Industrie (VCI) fällt die Bewertung der entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrags ähnlich aus. »Wir sehen noch keinen Booster, aber viele gute Ansätze, die Transformation der Industrie aktiv zu flankieren«, so der VCI-Hauptgeschäftsführer und ehemalige Bayer-Manager Wolfgang Große Entrup. Namentlich erwähnt der Verband dabei den Energie- und Klimafonds, die Klimaverträge, den Wegfall der EEG-Umlage und das »Vorhaben, die Dauer von Planungsund Genehmigungsverfahren zu halbieren«.

Lob von Agrar- und Pharmaindustrie

Sowenig, wie der Koalitionsvertrag für eine tatsächliche Klimawende steht, sowenig steht er für eine Agrarwende. In der Vereinbarung bekennen sich die Autoren zwar zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, bleiben aber, was die Umsetzung angeht, vage. So wollen die drei Parteien »den Einsatz von Pestiziden deutlich verringern und die Entwicklung von natur- und umweltverträglichen Alternativen fördern«, kündigen aber keine konkreten Maßnahmen dazu an. Eine Pestizidsteuer etwa, wie sie viele Umweltverbände als Instrument für einen Kurswechsel fordern, findet sich in dem Dokument nicht. In Sachen »doppelte Standards« erwägen die Ampelkoalitionäre zumindest eine Regelung. »Wir werden von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, den Export von bestimmten Pestiziden zu untersagen, die in der EU aus Gründen des Schutzes der menschlichen Gesundheit nicht zugelassen sind«, kündigen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

an. Aber nicht nur, weil es diese Möglichkeit mit dem Paragraphen 25 des Pflanzenschutzgesetzes schon gibt, bleibt dieser Vorstoß mit Fragezeichen behaftet. Klartext spricht der Koalitionsvertrag im Pestizidkapitel nur einmal. »Wir nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt«, heißt es da.

Die Agrogentechnik erwähnt die neue Bundesregierung in dem Schriftstück mit keinem Wort. Statt dessen spricht sie nur nebulös von der Züchtung klimarobuster Pflanzensorten, die sie zu unterstützen gedenkt – nicht hingegen von der zu gewährenden Transparenz über Züchtungsmethoden zur stärkeren Risikound Nachweisforschung.

In anderen Bereichen fühlt sich die neue Bundesregierung von den aktuellen Entwicklungen beflügelt, offener zu sprechen. »Deutschland hat die Chance, zum international führenden Biotechnologiestandort zu werden. Durch den ersten mRNA-Impfstoff aus Mainz hat unser Land weltweite Sichtbarkeit erlangt. Damit ist eine Leitfunktion für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Biotechnologie verbunden«, verkündet sie. Die Ampel stand hier offensichtlich auf Gelb und gibt schon einmal einen Vorgeschmack auf die künftig unter FDP-Ägide stehende Forschungspolitik.

Ganz ähnlich hatte sich zu dem Thema jüngst Bayers Pharmachef Stefan Oelrich vernehmen lassen. »Hätten wir vor zwei Jahren eine öffentliche Umfrage gemacht und gefragt, wer bereit dazu ist, eine Gen- oder Zelltherapie in Anspruch zu nehmen und sich in den Körper injizieren zu lassen, hätten das wahrscheinlich 95 Prozent der Menschen abgelehnt. Diese Pandemie hat vielen Menschen die Augen für Innovationen in einer Weise geöffnet, die vorher nicht möglich war«, sagte er bei einer Veranstaltung in Berlin.

Selbstredend freuen sich der BDI und der VCI in ihren Stellungnahmen zum Ampelvertrag ganz außerordentlich über den Auftrieb, den die Gentechnik in Zeiten von Corona bekommen hat. Und dass die Koalition sich generell so zukunftszugewandt wie wagemutig gibt und »künftig neben dem Vorsorgeprinzip auch Innovationspotentiale konsequent miterfassen will«, trifft beim BDI natürlich auch auf breite Zustimmung. Ebenso angetan zeigt er sich von der Absicht der Dreierkoalition, das Gefährdungspotential von Substanzen auf Basis des Risikos zu beurteilen. »Eine Bewertung allein auf Basis von Gefahreneigenschaften wäre nicht zielführend und innovationsfeindlich«, hält der Verband fest.

Eine Prüfung der Stoffe auf Grundlage der »Gefahr« unterscheidet sich nämlich maßgeblich von einer solchen auf der Grundlage des »Risikos«. Eine Bewertung anhand der Gefahr nimmt allein die Eigenschaften des Produkts in den Blick, eine anhand des Risikos berücksichtigt indes das Ausmaß, in dem Mensch, Tier und Umwelt der Chemikalie ausgesetzt sind. Während die Gefahr einer Substanz also immer absolut gilt und keine Grenzen kennt, ist das Risiko immer relativ. Es ist unter anderem von der Wirkstärke abhängig. Und als Maß der Dinge kommt so der Grenzwert ins Spiel, der das Höchstmaß der Belastbarkeit anzeigt. Solche Limits träfen auf die - zähneknirschende - Zustimmung von Bayer und Co., erlaubten diese ihnen doch, ihre Waren auf den Markt zu bringen und zu halten. Und genau darum ist es dem BDI zu tun: »Um innovative Lösungen und gesellschaftlich relevante Technologien entwickeln und einsetzen zu können, muss es auch künftig möglich sein, gefährliche Chemikalien herzustellen und zu verwenden.«

Der VCI begrüßt derweil das »klare Bekenntnis für eine innovative Gesundheitswirtschaft als Garant für medizinischen Fortschritt, Beschäftigung und Wohlstand«. Für den Verband habe gerade die Coronapandemie gezeigt, wie wichtig ein starker Pharmastandort Deutschland sei. Deshalb behagt ihm die versprochene Stärkung im Prinzip auch. »Diese sollte aber nicht durch Subventionen, sondern durch wettbewerbsfähige Produktions- und Erstattungsbedingungen erreicht werden. Vor diesem Hintergrund sind die Fortschreibung des Preismoratoriums und die Verkürzung der freien Preissetzung für innovative Arzneimittel ein falscher Weg«, kritisiert der Verband. Dabei kann er sich über den Erfolg seiner Lobbyarbeit gar nicht beklagen. Im ursprünglichen Entwurf des Koalitionsvertrages hätten die Pharmahersteller den Krankenkassen noch einen Rabatt von 16 Prozent auf patentgeschützte Arzneimittel einräumen müssen. »Doch diese Passagen aus dem ersten Entwurfspapier haben die Parteien auf den letzten Metern noch gestrichen«, wie die Pharmazeutische Zeitung berichtete. Jetzt heißt es nur noch: »Wir stärken die Möglichkeiten der Krankenkassen zur Begrenzung der Arzneimittelpreise.«

Der Mann, der die Gesundheitspolitik in Zukunft verantwortet, ist ein alter Bekannter von Bayer. Karl Lauterbachs Wahlkreis liegt nämlich in Leverkusen. Der Sozialdemokrat stand sogar schon einmal in Diensten des Konzerns. In einer Studie stellte er dem Cholesterinsenker Lipobay, den das Unternehmen später wegen seiner Risiken und Nebenwirkungen vom Markt nehmen musste, ein gutes Zeugnis aus. »Die frühen Hinweise darauf, dass Lipobay möglicherweise gefährlich war, nahm Lauterbach damals ebensowenig wahr, wie es seine Auftraggeber taten«, befand der Spiegel. Andere Medikamente des Global Players kamen bei ihm allerdings nicht so gut weg. So monierte er in einer für die Barmer Ersatzkasse durchgeführten Untersuchung die Praxis der Mediziner, bei Bluthochdruck Kalziumantagonisten wie Adalat zu verschreiben anstatt der preiswerteren und mindestens ebenbürtigen Entwässerungstabletten. Den Krebsarzneien von Bayer und anderen, die enorme Summen verschlingen und das Leben der Patienten doch oft nur um wenige Monate verlängern, widmete der Mediziner ein ganzes Buch. Aber auch zur allgemeinen Geschäftspolitik des Leverkusener Multis äußerte er sich. Im Jahr 2006 kritisierte er das Rationalisierungsprogramm beim Currenta-Vorgänger Bayer Industry Services.

»Politisch doppelzüngig, entlarvend und moralisch ein Armutszeugnis« nannte der SPD-Politiker das und wusste auch um die Motive des Unternehmens: »Der kurzfristige Gewinn ist das Ziel, das ist die ganze Geschichte.« Lauterbach wähnte sich wegen solcher und ähnlicher Einlassungen sogar auf der berühmt-berüchtigten schwarzen Liste der jetzigen Bayer-Tochter Monsanto: »Ich habe vor einigen Tagen Hinweise erhalten, dass Monsanto auch über mich Dossiers in Auftrag gegeben hat.«

Als fortschrittlichen Gesundheitspolitiker weist ihn seine Vergangenheit allerdings nicht aus. So befürwortete er die Schließung unrentabler Krankenhäuser, saß im Aufsichtsrat der privaten Rhön-Kliniken und trat für Fallpauschalen ein. Eine dringend erforderliche Neuerung wird es in seiner Amtszeit schon einmal nicht geben: die Bürgerversicherung. Dementsprechend erleichtert zeigt sich die FAZ. »Die private Krankenversicherung kann dankbar sein, dass es die Linkspartei nicht in die Koalition geschafft hat. Denn sowohl die Linke als auch SPD und Grüne hatten die Einführung einer Bürgerversicherung angekündigt - mit der es der PVK an den Kragen gegangen wäre. Jetzt aber sichert die FDP den Fortbestand des dualen Systems.«

Und die FDP sichert den Konzernen auch den Fortbestand der erweiterten Verlustverrechnung und weitere Steuereinsparungen wie die Ausweitung des Verlustvortrags. Aber nach Ansicht der Firmen hätte es noch ein bisschen mehr sein dürfen. »Im Koalitionsvertrag fehlt es an einem klaren Bekenntnis der Koalition zu einer wettbewerbsfähigen Besteuerung der Unternehmen von maximal 25 Prozent«, moniert der BDI. Und dem VCI schwant deshalb Schlimmes: Steuerpolitisch werde der »Standort Deutschland« aus Sicht des Verbandes »mit dem Konzept des Koalitionsvertrages in den kommenden Jahren noch weiter im Standortwettbewerb zurückfallen«.

Die »richtige« Balance

Bei den handelspolitischen Beschlüssen der Ampel liegt für die Verbände auch so einiges im argen. Sie bekennen sich zwar grundsätzlich zur Verankerung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards in Handelsverträgen, aber die in der Vereinbarung diesbezüglich formulierten Kriterien für den Kontrakt der EU mit den Mercosur-Staaten sind nach dem Dafürhalten des BDI »so kategorisch formuliert, dass damit faktisch das Abkommen auf Eis gelegt wird«. Nach Meinung des Verbandes gelte es hier wie auch in Sachen »Lieferketten« vielmehr, »die richtige Balance zwischen Prinzipien und Pragmatismus« zu finden.

Durch andere Vorhaben sehen sich die Konzerne in ihrem Wachstum gestört. So stehen sie einer Erweiterung der Fusionskontrolle ebenso skeptisch gegenüber wie einer Entflechtung, der statt eines Machtmissbrauchs als Ultima ratio schon die bloße Macht zum Eingreifen reicht. Dazu dürfte es freilich mit der FDP im Boot schwerlich kommen. Und all die anderen Pläne der Ampel sind auch nicht dazu angetan, den Kapitalverkehr großartig zu behindern. Dafür nehmen SPD, Grüne und FDP der Konzernkritik eine wichtige Plattform. Die Parteien ermöglichen es den Unternehmen, ihre Hauptversammlungen auch ganz ohne Pandemie dauerhaft online abzuhalten und so vor Umweltschützern, Klimaschutzaktivisten, Gentech-Gegnern und anderen ins Virtuelle zu flüchten.

■ Jan Pehrke gehört dem Vorstand der »Coordination gegen Bayer-Gefahren« an. Er schrieb an dieser Stelle zuletzt am 16. Juni 2021 über den Einsatz von Glyphosat zur Zerstörung von Kokapflanzen in Kolumbien.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

Masse und Ohnmacht. Über die Querdenker-Szene

Von Georg Auernheimer

ie Medienhäuser, die in Podcasts investieren, haben Dollar-Zeichen in den Augen. Die Fachmagazine der Branche berichten über vielversprechende Ergebnisse zweier Studien, die die RTL-Deutschland-Verkäufer von Ad Alliance und die Medienanalysten von Annalect unlängst veröffentlicht haben (Ad-Alliance-Grundlagenstudie »Mobile 360° « und »Podcast-User-Studie «). Demnach wissen 96 Prozent der Deutschen, was ein Podcast ist, 59 Prozent haben es ausprobiert und 27 Prozent hören schon einmal die Woche und häufiger. Und: 86 Prozent jener befragten Nutzer tun es länger als eine Stunde in der Woche. Das klingt nach viel, aber damit sind Podcasts im Vergleich zur Radionutzung nur ein Nischenphänomen. Und diese Hörer verlangen anspruchsvolle Inhalte: 61 Prozent der nachgefragten Podcasts waren Wissensformate und 48 Prozent kamen aus dem Bereich Nachrichten und Politik (Comedy 40 Prozent, True Crime 37 Prozent). Jetzt müssen die Vermarkter herausfinden, wie man tendenziell kritische Hörer an eine Werbeindustrie verkauft, deren Masche die Manipulation leichtgläubiger Konsumenten ist. Gehört wird übrigens heute wie beim allerersten Radioprogramm der Geschichte am Telefon. Die Budapester hingen ab 1893 im Wohnzimmer an der Strippe, um auf Telefon Hirmondo Nachrichten und Liveopern zu lauschen, und die modernen Podcastrezipienten verkabeln sich mit ihrem Smartphone (79 Prozent).

Das lineare Dampfradio kann etwas, das Podcasts nicht können, nämlich interaktive Livediskussionen übertra-



Die nächsten Tage im Radio

■ Von Pierre Deason-Tomory

Wie früher an der Strippe

gen. So wie morgen in der »Agenda«-Ausgabe ■ »Debatte ums Gendern« (Mi., 10.08 Uhr, *DLF*).

Das Erwachsenenbildungsprogramm des *BR* beschäftigt sich mit unserer barbarischen Wirtschaftsordnung. In »Radiowissen« hören wir in ■ »Staat, Macht, Kasinokapitalismus« von den eingetretenen Vorhersagen der Politökonomin Susan Strange und in ■ »Von Webstühlen zum Hochfrequenzhandel« von der historischen Entwicklung des Kapitalismus (Do., 9.05 Uhr, *Bayern* 2).



»Das Finanzsystem des Westens ähnelt zunehmend nichts anderem als einem gewaltigen Kasino«, Susan Strange, »Casino Capitalism« (1986)

Hanns Eisler hat im Januar vor 60 Jahren in London den blutjungen John Lennon kennengelernt und sich prächtig mit ihm verstanden – Stoff für eine lange Nacht mit dem Titel ■ »Working Class Heroes« (Sa., 0.05 Uhr, DLF Kultur und 23.05 Uhr, DLF).

Für den gepflegten Opernabend schlagen wir am Sonnabend ■ »Die Verurteilung des Lukullus« von Paul Dessau und Bertolt Brecht vor, nach Brechts Radiostück »Das Verhör des Lukullus«, in einer Aufzeichnung vom I. November aus der Staatsoper

Stuttgart (19.05 Uhr, $DLF\ Kultur$).

Der legendäre Wiener Jazzklub Blue Tomato ist vor wenigen Wochen nach fast 40 Jahren vom neuen Hausbesitzer dichtgemacht worden. In ■ »Adieu, Blue Tomato! « in der »Ö I Jazznacht « verabschiedet sich Gerhard Graml im Gespräch mit Mitbegründer Günter Werber und letzten Livemitschnitten (Sa., 23.03 Uhr).

HR 2 sendet im »Hörspielklassiker« Charles Dickens' ■ »David Copperfield«. Am Sonntag abend gibt es den ersten von vier Teilen (22 Uhr). Und: Das freie Radio Helsinki aus Graz setzt seine Reihe Ȇber Radikalisierung reden« fort, in der es um den weltweiten Aufstieg autoritärer Parteien und die Normalisierung rechter Positionen geht. Am Montag abend stehen online und on air die Fragen zur Diskussion: ■ »Medien als Wegbereiterinnen für Radikalität? Wobitte sind die Gegenentwürfe?« (17 Uhr). Die Sendung wird live oder zeitversetzt von den meisten anderen freien österreichischen Radios übernommen.

■ Medien

NACHSCHLAG

■ Cuba's Life Task: Combatting Climate Change | Youtube

Tarea Vida

Als wäre Kuba nicht schon ausreichend von ungerechtfertigten Angriffen getroffen, ist die sozialistische Inselrepublik auch besonders dem Klimawandel ausgesetzt. Der globale Süden ist nur in sehr geringem Maße für die weltweiten CO₂-Emmissionen verantwortlich, Kuba lediglich für 0,08 Prozent. Aber Havanna stellt sich auch diesem Kampf und hat für das Land einen 100-Jahresplan ausgeklügelt. Worum es bei diesem geht, zeigt der Dokumentarfilm »Cuba's Life Task: Combatting Climate Change« der seit dem 11. Januar auf Youtube verfügbar ist. »Tarea Vida (Name des kubanischen Plans) ist nicht nur ein weiteres Gesetz, sondern ein neues Entwicklungsparadigma«, erklärte Helen Yaffe, Produzentin des Dokumentarfilms und Professorin für Wirtschaftsund Sozialgeschichte an der Universität Glasgow in einem Interview mit der spanischen Agentur Efe. Ein Must-see für alle, die der von der eigenen Regierung vorgegaukelten Alternativlosigkeit etwas entgegenhalten möchten. Leider bislang nur auf englisch.

VORSCHLAG

Rottet die Bestien aus!

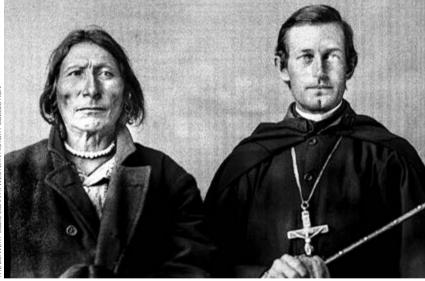
Die verstörende Überheblichkeit der Ignoranz, Folge 1 von 4

Das neue Werk von Raoul Peck: Den ganzen Abend wird hier der enge Zusammenhang zwischen einer rassifizierten Hierarchisierung und Völkermorden in der europäischen Geschichte beleuchtet. Ausgehend vom kolonialen Ursprung der USA wird gezeigt, wie der Rassenbegriff einen institutionellen Status erlangte. Ein mörderischer Ungeist, der auch die Ausplünderung des afrikanischen Kontinents begleitete und sich im Naziprogramm der sogenannten Endlösung niederschlug. Da dürfte es einige Kontroversen geben, über diesen Bogen, der hier geschlagen wird, aber schauen wir es uns an. USA/F 2021. ■ Arte, 20.15 Uhr

Panorama – Die Reporter

Das Ende des Schnitzels?

Lange galt das Schweineschnitzel als Nonplusultra deutscher Esskultur. Doch Tierhaltungsskandale, Umweltprobleme und Gesundheitsrisiken haben dem Image geschadet.



Rassismus und Unterdrückung hatten in Zeiten des Kolonialismus viele Facetten, unter anderem die Zwangskonvertierung: »Rottet die Bestien aus!«

Inzwischen wird hierzulande immer weniger Schweinefleisch gegessen. Die sinkende Nachfrage und niedrige Preise haben viele Landwirte an den Rand des Ruins getrieben. Weniger Schwein wird besseres Schwein sein. BRD 2022.

Die Anstalt

Max Uthoff und Claus von Wagner klären über die Themen auf, die die

Nation bewegen, diesmal mit den Gästen Martin Zingsheim und Sonja Kling. Wir stellen das Bier kalt.

■ ZDF, 22.15 Uhr

Makro: Strahlendes Comeback – Rettet Atomkraft das Klima?

Die EU-Kommission will Atomenergie als nachhaltig einstufen und so

den grünen Umbau der Wirtschaft fördern. Kommt jetzt die Kernenergie zurück? Wohl eher nicht. Wir wissen schlicht nicht, wie wir etwas für mehr als sagen wir 5.000 Jahre sichern sollen, wir sind noch gar nicht so lange hier, als Kulturwesen. BRD 2022.

■ 3sat, 22.25 Uhr

Schamanen, Hexen, neue Heiden

Die Rückkehr der alten Götter

Voenix ist Schamane und in der neuheidnischen Szene ein bekannter Typ. Er ist häufig bei Veranstaltungen in ganz Deutschland unterwegs, ist Künstler und Buchautor und betreibt einen eigenen Youtube-Kanal. Dort veröffentlicht er Filme über Themen und Menschen aus der Heidenszene. Heiden glauben an viele Götter, und sie berufen sich auf die Religionen alter Kulturen wie zum Beispiel die nordische Götterwelt. Und da kann man ihnen halt auch nicht helfen. Ob sie nun gleich eine eigene Sendung brauchen, das sollen andere entscheiden, beim Jupiter. BRD 2021.

■ ARD, 23.30 Uhr

FW Shop



Oswiecim – Oshpitsin – Auschwitz

Zentrum jüdischen Lebens. Stätte des Massenmords Chronik einer polnischen Stadt. Eine *junge Welt-*Serie von Hans G Helms

Verlag 8. Mai GmbH, 3,00 € (zzgl. Versand). Artikelnummer für Suche im jW-Onlineshop: 945275.

Bestellungen unter jungewelt-shop.de



Montag: Politisches Buch | Dienstag: Betrieb & Gewerkschaft | Mittwoch: Antifa | Donnerstag: Medien | Freitag: Feminismus | Samstag: Geschichte

Betriebsrat der Bosse

Tesla in Grünheide: Interessenvertretung könnte kaum Arbeiter repräsentieren. Entlohnung weit unterhalb vom Tarifniveau. IG Metall zuversichtlich. Von Bernd Müller

¬ nde Februar kann die Belegschaft des neuen Tesla-Werks ✓ in Grünheide zum ersten Mal einen Betriebsrat wählen. Die Gewerkschaft IG Metall moniert den frühen Zeitpunkt, denn bis zum Stichtag für die Aufstellung gab es noch gar keine Kandidaten aus der Produktion. Sie möchte dennoch das Gremium in der Arbeit unterstützen.

Birgit Dietze, Leiterin des IG-Metall-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen, erklärte kürzlich auf einer Pressekonferenz, eine wirkungsvolle Mitbestimmung setze voraus, dass sich der Betriebsrat als Interessenvertretung der gesamten Belegschaft verstehe – und diese auch repräsentiere. Von daher sehe sie es schon als ungünstig an, dass die Wahl an einem Monatsende abgehalten werde. Denn Mitarbeiter würden in der Regel zum Monatsanfang eingestellt. Würde die Wahl nun am 1. März durchgeführt, hätten auch diejenigen sich aufstellen lassen können, die zum 1. September eingestellt wurden.

Hintergrund dieser Rechnung sind die Regularien des Betriebsverfassungsgesetzes. Wählen dürfen nur die, die schon mindestens drei Monate im Betrieb sind. Wer sich als Kandidat aufstellen lassen will, muss sogar länger als sechs Monate im Unternehmen beschäftigt sein; also seit dem Spätsommer. Zu dem Zeitpunkt gab es aber Facharbeiter, die Autos montieren, nicht in nennenswerter Größenordnung.

Schon im November war darüber spekuliert worden, dass es sich bei der Betriebsratswahl um eine »gesteuerte Aktion« handeln könnte (jW berichtete am 25.11.2021). Denn Tesla hatte in seinen Ausschreibungen zunächst vor allem leitende Mitarbeiter, mittleres Management und Ingenieure gesucht. Tesla hatte das aber abgestritten und unterstrichen, dass es sich um eine Initiative allein der Beschäftigten

Doch selbst, wenn Tesla hier nicht die Wahrheit sagen würde – die IG Metall zeigt sich gelassen. Sie verweist darauf, dass eine Betriebsratswahl nach zwei Jahren wiederholt werden muss,



Arbeiter außen vor: Der Betriebsrat von Tesla in Grünheide wird Ende Februar zum Großteil vom mittleren Management gewählt

wenn sich die Zahl der Beschäftigten nach der Ausschreibung für die ersten Wahlen deutlich erhöht. Die Gewerkschaft betont, den gewählten Betriebsrat dennoch unterstützen zu wollen, auch wenn man sich wünsche, dass er die Belegschaft umfassend repräsentiere. So betonte Dietze: »Betriebsräte sind immer eine gute Sache, weil die Beschäftigten darüber ihre Anliegen formulieren können«.

In der Nähe des Werksgeländes hat die IG Metall ein Büro eröffnet. Damit will sie den Beschäftigten zeigen, dass sie auch bei anderem Unterstützung finden, egal, ob es sich um Vorstellungsgespräche handelt, um Arbeitsverträge, Arbeitsbedingungen oder die Entgelte. Die Gewerkschaft strebt einen Tarifvertrag für die Beschäftigten an - und will verhindern, dass sich Tesla über die Arbeitskosten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den deutschen Autokonzernen verschafft.

sein, zumindest legt es ein Bericht der nau weiß: Was kommt denn am Ende zu beheben.

Märkischen Oderzeitung (MOZ) vom 20. Januar nahe. War in der Vergangenheit immer wieder betont worden, Tesla zahle gut und die Gehälter seien tarifnah, könnte es nun anders sein. Das Blatt berichtete, die Entgelte sollen nun wohl um die 20 Prozent unter dem Flächentarif liegen. Gleichwohl seien noch viele Fragen zur Entlohnung offen.

Eine davon dürfte sein, ob zu dem gezahlten Gehalt noch sogenannte Aktienoptionen hinzukommen sollen. Anfang Januar hatte Dietze gegenüber dem Manager-Magazin erklärt, nach ihren Erkenntnissen solle dies der Fall sein, und sie brachte ihren Unmut darüber zum Ausdruck. »Optional on top zu einem gesicherten Tarifstandard wie dem der Tariflandschaft der Metall- und Elektroindustrie hätten wir keinen Einwand«, sagte sie. Was aber generell nicht gehe, sei, »dass Teile des Entgelts so durchflexibilisiert Das könnte tatsächlich der Fall sind, dass der Beschäftigte nicht ge-

des Monats oder des Jahres für mich

In dem Werk in Grünheide sollen jährlich 500.000 Elektroautos gebaut werden. Ursprünglich sollten die ersten Fahrzeuge im Juli vorigen Jahres vom Band rollen, dann wurde der Startpunkt auf Dezember verlegt. Nun könnte die Serienproduktion im März starten, berichtete die Tagesschau am Donnerstag. Dabei berief sie sich auf interne E-Mails, nach denen das in Grünheide gefertigte Model Y ab Ende März ausgeliefert werden könnte.

Noch ist die Fabrik aber eine Baustelle – und die Arbeitsbedingungen sollen in den letzten Wochen noch zum Teil katastrophal gewesen sein. Die MOZ berichtete von undichten Dächern, weiten Wegen zur Toilette, die dann zum Teil auch noch zugefroren waren. Dem Management seien diese Zustände bekannt. Aber offenbar hatte man es hier nicht sonderlich eilig, sie

DGB-Vorsitz soll an Yasmin Fahimi gehen

Berlin. Die SPD-Politikerin Yasmin Fahimi soll Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) werden. Das teilte der DGB-Bundesvorstand am Mittwoch in Berlin mit. Mit der 54 Jahre alten SPD-Bundestagsabgeordneten und früheren Generalsekretärin ihrer Partei würde erstmals eine Frau den Gewerkschaftsbund führen. Der bisherige DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann scheidet aus Altersgründen aus dem Amt aus. Fahimi war lange Jahre Gewerkschaftssekretärin bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

Der DGB könne als Gemeinschaft wichtige Orientierung geben, »um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten«, heißt es in einer Stellungnahme Fahimis. Die 20er Jahre werden nach ihrer Ansicht »im Zeichen der Transformation stehen und damit auch für lange Zeit die Beschäftigungsperspektiven und Arbeitsbedingungen von allen Erwerbstätigen bestimmen«.

Gewählt wird im Mai beim DGB-Bundeskongress. Elke Hannack wurde laut DGB in ihrer Position als stellvertretende Vorsitzende erneut nominiert. Anja Piel und Stefan Körzell wurden als Mitglieder im geschäftsführenden Bundesvorstand den Angaben zufolge ebenfalls für eine weitere Amtszeit nominiert.

(dpa/jW)

Ärztebund kritisiert neuen Genesenenstatus

Mainz. Die Präsidentin des größten deutschen Ärzteverbands Marburger Bund hält es nicht für haltbar, dass die Bundesregierung den Genesenenstatus bereits nach drei Monaten für beendet erklärt. Deutschland werde auf die EU-Regelung von sechs Monaten einschwenken müssen, sagte Susanne Johna der Rheinischen Post am Freitag. Zwar sei es prinzipiell richtig, dass die Anzahl der Antikörper bei den meisten Menschen etwa 90 Tage nach einer Infektion absinke. »Das ist aber natürlich kein fester Stichtag und patientenindividuell sehr unterschiedlich«, sagte Johna. Insofern sei die europaweite Regelung durchaus vertretbar. »Das sollte durch Alleingänge nicht in Zweifel gezogen werden.«

Die Dauer des Genesenenstatus war Mitte Januar auf Basis neuer Vorgaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) überraschend auf eine Zeitspanne von 28 bis 90 Tagen nach einem positiven PCR-Test verkürzt worden. Zuvor hatten sechs Monate gegolten. Die Entscheidung löste teils heftige Kritik aus. In anderen EU-Staaten gelten Menschen, die sich mit dem Coronavirus infiziert haben, danach für einen Zeitraum von sechs Monaten als genesen. Die Regel betrifft auch Menschen, die beispielsweise von einem EU-Land in ein anderes reisen wollen.

24-Stunden-Schicht bei Notbesetzung

Gesundheitspersonal streikt für »Schutz der öffentlichen Gesundheit«. Demonstrationen in ganz Italien

n ganz Italien haben am Freitag die Beschäftigten des Gesundheitswesens – von den Ärzten, über Schwestern und Pfleger bis zum Hilfspersonal – ganztägig die Arbeit niedergelegt, um einen »Schutz der öffentlichen Gesundheit« zu fordern. Das teilte die Basisgewerkschaft im Gesundheitswesen, Unione sindacale di Base – Settore publico impiego, auf deren Initiative zu dem Streik aufgerufen wurde, auf ihrer Website mit.

Zur Sicherung der gesundheitlichen Betreuung seien »alle wesentlichen Dienste« aufrechterhalten worden. In zahlreichen Städten - von Mailand. Turin und Genua im Norden über Rom bis Neapel, Bari, Salerno und Palermo im Süden versammelten sich Ärzte und Personal, um gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals und die mangelhafte Versorgung der Menschen zu protestieren. Es gehe darum zu verhindern, dass »die Auswirkungen der schändlichen Entscheidungen der Regierung unwiderruflich die Lebensqualität aller beeinträchtigen«, hieß es in dem Streikaufruf. Die Linkspartei Potere al Popolo solidarisierte sich in einem öffentlichen Aufruf mit den Streikenden. Die von dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) geführte Stadtverwaltung in Bologna dagegen untersagte eine Protestdemonstration der USB.

Die Pflegegewerkschaft Nursind, die geschlossen an dem Streik teilnahm, klagte die Regierung Draghi an, dass sie nichts zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Krankenschwestern, Hebammen, Pflegern, den in Notdiensten Arbeitenden unternimmt. In ihrem Aufruf hieß es: »Wir garantieren einen 24-Stunden-Dienst, aber die Arbeitsbedingungen sind inakzeptabel, ständiger Stationswechsel, ständig unterbesetzt, blockierter Urlaub, keine Quarantäne bei engen Kontakten. Wir haben kein Leben außer der Arbeit, Berge von unbezahlten Überstunden, und wir haben die niedrigsten Gehälter in Europa.«

Wie Medien berichteten, reichten auch nach zwei Jahren Pandemie in vielen Kliniken die Betten, Beatmungsgeräte auf den Intensivstationen und das medizinische Personal nicht aus, um eine sprunghafte Zunahme schwerer Krankheitsfälle zu verkraften. Da die Personalsituation auch auf den Normalstationen sehr angespannt ist, fordert Nursind einen Betreuungsschlüssel von einer Pflegekraft auf sechs Patienten.

Zwar poche der Staat seit Wochen auf die Notwendigkeit von Impfungen, vernachlässige aber den Umstand,

dass das Virus durch die Aufnahme aller Wirtschaftsaktivitäten wieder übermäßig in Umlauf gebracht wurde, kommentierte das kommunistische Magazin Contropiano den Zustand des italienischen Gesundheitswesens auf seinem Onlineportal letzten Donnerstag. Unternehmen, die Arbeitsschutz und Präventionsmaßnahmen gesenkt haben, hätten dazu beigetragen. Für die Regierung Draghi stehe das Bruttoinlandsprodukt an erster Stelle und nicht die Gesundheit der Bevölkerung. Das könne zu einem »neuen Zusammenbruch des nationalen Gesundheitssystems« führen. Es seien »strukturelle Eingriffe erforderlich, denn es gehe um das »Recht der Menschen auf Gesundheit«, das »vor den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen und Banken« stehen müsse.

Gerhard Feldbauer

(dpa/jW)

Bengals.

American Football

Vor dem Super Bowl

Los Angeles/Kansas City. Im 56. Super Bowl haben die Los Angeles Rams ein Heimspiel. Nach dem Sieg über Tom Bradys Tampa Bay Buccaneers gewannen die Kalifornier am

Sonntag auch das NFC Championship Game gegen die San Francisco 49ers mit 20:17 und greifen am 13. Februar im Sofi Stadium in Inglewood nach dem Superbowl. Ihr Gegner sind überraschend die Cincinnati

Das Team aus Ohio setzte sich gegen die haushoch favorisierten Kansas City Chiefs 27:24 nach Verlängerung durch und zog erstmals seit 1989 in den Superbowl ein. Nach der ersten Halbzeit hatte Kansas City noch 21:10 geführt. Die Bengals gewannen aber das dritte Viertel sensationell 11:0. Im vierten Viertel gab es für beide Seiten jeweils nur noch ein Field Goal. Bei 24:24 musste die Verlängerung entscheiden. Die Chiefs gewannen zwar den Münzwurf, verloren aber nach einem Fehler ihres Superstarquarterbacks Patrick Mahomes den Ballbesitz. Den Bengals gelang durch ihren Kicker Evan McPherson dann in der fünften Minute der Verlängerung das entscheidende Field Goal zum 27:24-Endstand. Die Chiefs hatten 2020 den Super Bowl gewonnen und waren im vergangenen Jahr erst im Finale an den Buccaneers gescheitert.

Auch die Rams lagen gegen den Außenseiter San Francisco nach dem dritten Viertel mit 7:17 zurück, ehe Quarterback Matthew Stafford mit einem Touchdownpass zu Beginn des vierten Viertels die Wende einläutete. Nach Tampa Bay 2021 sind sie das zweite Team in der Geschichte der NFL mit einem Heimspiel um den Super Bowl.

Fußballrealität

Keine Pizzalizenz

Gießen/Nyon. Die Europäische Fußballunion (UEFA) geht juristisch gegen eine Pizzeria in Gießen vor. Der europäische Dachverband hat eine Kanzlei eingeschaltet, weil »Pizza Wolke« eine Pizza unter dem Namen »Champions League« anbietet. Dies gab die Pizzeria selbst auf Instagram bekannt und stellte das Schreiben der Kanzlei ins Netz. Die hessische Firma verstößt offensichtlich gegen das Lizenzrecht der UEFA, die sich den Begriff »Champions League« für die Königsklasse im europäischen Klubfußball hat schützen lassen. Die UEFA bestätigte auf SID-Anfrage das Vorgehen der Rechtsabteilung.

(sid/jW)



T panien stieg am Sonntag später ins Finale ein. Schwedens Jim Gottfridsson, wertvollster Spieler der Handballeuropameisterschaft der Männer, eröffnete nach zwei Minuten und ein bisschen mit einem Wurf aus zweiter Reihe den Abend in Budapest. Der hatte später begonnen: Dänemark gewann das Spiel um Platz drei erst in der Verlängerung gegen Frankreich (35:32), die Finalisten mussten sich eine halbe Stunde warmhalten, bis sie drankamen.

Der 29jährige Gottfridsson von der SG Flensburg-Handewitt war nicht der einzige schwedische Unterschiedspieler im Turnier. Da war noch der langjährige Torhüter des THW Kiel und der Rhein-Neckar Löwen, Andreas Palicka. Da? Immer da! Der 35jährige hatte sich erst im Dezember aus Mannheim verabschiedet, ist derzeit bei Redbergslids IK unter Vertrag und wird im Sommer zu Paris Saint-Germain wechseln. Wie schon die Franzosen im Halbfinale (34:33) brachten Gottfridsson vorne und Palicka hinten (und vorne) den Gegner zur Verzweiflung. Spanien kombinierte sich feinjustiert an den Torraum heran, der Ball flog munter über schwedische Köpfe hinweg auf die freigespielten Außen. Bis dahin und oft nicht weiter: Gottfridsson hat Hände, Füße und Körper.

Spanien ging bis kurz vor der Pause kein einziges Mal in Führung und stellte auf Risikomodus. Um in der 19. Minute in Unterzahl zum

Hände, Füße und Körper

Physis und Zentrum schlug Spiel und Außen: Schweden ist Europameister im Männerhandball. Von Ken Merten

Ausgleich zu kommen, brachte Trainer Jordi Ribera einen sechsten Spieler in rotem Feldspielertrikot, Rückraumspieler Joan Cañellas (Kadetten Schaffhausen) jedoch verfehlte beim Abschluss. Palicka bekam den Ball, war auf zack und warf ihn übers ganze Feld ins unbewachte Tor der Spanier. Man sah es nicht, aber er gähnte dabei. Palicka hatte schon im Halbfinale Aber Schweden blieb cool. Wanne (Flensburg) stibitzte in der 54. Minute in Unterzahl dem Gegner den Ball. Der Linksaußen hatte so das Feld für sich alleine, gefolgt nur vom Schiedsrichter: 25:23.

Doch Spanien kam abermals ran, Cañellas tankte sich durch, glich knappe zwei Minuten vor Schluss aus. Eine Verlängerung war denkbar.

Außen. Schwedens erster EM-Titel seit 20 Jahren. Vorbei eines dieser Pandemietur-

niere. Wer auf dem Feld stehen durfte, entschieden selten die Trainerstäbe, sondern oft die Zahl roter Striche auf Teststreifen. Das hatte das deutsche Team auch lernen müssen. Die Mannschaft von Coach Alfred Gislason hatte sich vor Wettbewerbsbeginn noch stolz präsentiert, die Auswahl war weitgehend von positiven Fällen frei geblieben. Man feierte die Errungenschaften des deutschen Hygienekonzepts. Dann hagelte es Quarantänen. Die Deutsche Presseagentur meldete auch nach Rückkehr aus Ungarn Fälle in Team und Stab, insgesamt 18. Fast täglich mussten Spieler nachnominiert werden, die breite Bevölkerung zitterte schon auf dem Gang zum Briefkasten ob möglicher Einberufungsbescheide. Die Schwarzer, Hein und Kretzschmar dieser Nation schmierten sich schon Harz auf die Fingerkuppen, die eigentlich nur noch Golfschläger halten mögen. Erleichtert stellten die Veteranen fest, dass die DHB-Auswahl in der Hauptrunde nur Platz vier belegte und sich

Wer auf dem Feld stehen durfte, entschieden selten die Trainerstäbe, sondern oft die Zahl roter Striche auf Teststreifen.

drei Tore erzielt, als Torwart in einem Spiel: EM-Rekord.

Spanien nutzte dann selbst eine Überzahlsituation, um wieder heranzukommen. Aleix Gómez (FC Barcelona) stellte nach Konter die spanische 13:12-Führung zur Pause her, und auch in der zweiten Hälfte blieben die Spanier eine Weile vorn. Der dritte Europameistertitel in Serie sollte her. Dann aber: letzter Angriff Schweden, Lagergren (Rhein-Neckar Löwen) kriegte den Ball an der Freiwurflinie, zog vom rechten Halbfeld aus rein, blieb an Cañellas' rausgestreckter Hüfte (will sagen: Arsch) hängen. Die Zeit ist um. Es gab Siebenmeter. Niclas Ekberg (Kiel) traute sich, ging hin, und der Ball küsste das Netz: 27:26. Physis und Zentrum schlug Spiel und

Bambinikick mit Sozialität ■ Aus den Unterklassen. Von Marek Lantz

interher sprach Gästetrainer Uwe Koschinat aus, was inzwischen ohnehin alle wissen: »Glückwunsch zum Sieg und zur Vormachtstellung in der Liga.« Der I. FC Magdeburg setzte seine Erfolgsserie auch im Topspiel der Drittklassigkeit des deutschen Fußballs fort und schlug am Sonnabend Koschinats I. FC Saarbrücken nach temporeichen 90 Minuten mit 2:1. Zwölf Punkte beträgt der Vorsprung des 1. FCM an der Tabellenspitze auf den direkten Verfolger Kaiserslautern. Die Meisterschaft scheint sicher. Und der Aufstieg ist wohl längst ausgemachte Sache: 14 Punkte sind es auf Saarbrücken, die den Relegationsplatz drei vor den punktgleichen Meppenern belegen.

Gegen hoch pressende Saarbrücker musste sich der Ligaprimus

aus Sachsen-Anhalt jedoch mühen, in einer wilden Partie, in der kaum Mittelfeldspiel stattfand und die bisweilen optisch wie ein Bambinikick wirkte: 20 von 22 auf dem Feld Aktiven rannten stets rauf und runter und machten wie angestochen Strecke. Der formidable Sirlord Conteh hatte für Magdeburg bereits die zwischenzeitliche 1:0-Führung durch Baris Atik (13.) aufgelegt, als er von der rechten Außenbahn zu einem unwiderstehlichen Sprint ins Zentrum anzog, den getimeten Steckpass von Jason Ceka erlief und alleine vor Gästekeeper Daniel Batz cool blieb (47.): 2:1. In der Folge hätte der 1. FCM die Partie schon entscheiden können, geriet dann aber in der Schlussphase doch noch einmal gehörig unter Druck, ehe der Dreier in trockenen Tüchern war.

Magdeburgs Coach Christian Tietz lobte hinterher vor allem seinen Siegtorschützen: »Er hat eine hohe Sozialität«, griff Tietz zu erstaunlichen Worten, bevor er zur Eloge auf Contehs herausstechende Sprintfähigkeiten anhob.

Neuer Tabellenzweiter ist jetzt Südwestschlachtross I. FC Kaiserslautern, das einen deutlich schmuckloseren 1:0-Heimerfolg gegen den Halleschen FC verbuchte und wieder von besseren Zeiten träumen darf. Routinier Mike Wunderlich (35) traf schon vor der Pause entscheidend für die Pfälzer, bei denen als Sturmspitze der erst unter der Woche eben aus Halle verpflichtete Terrence Boyd sein Debüt gab. »Vor dem Spiel war es auf jeden Fall emotional. Es war schön, die Jungs wiederzusehen«,

befand der Angriffshüne nach dem Abpfiff und hielt über sich fest: »Meine Leistung würde ich mit einer Drei benoten.«

damit jedes weitere Spiel erübrigte.

Ebenfalls noch im Rennen um den zweiten direkten Aufstiegsplatz sind die nun drittplazierten Saarländer, der erst am Montag abend nach Redaktionsschluss geforderte Braunschweiger TSV Eintracht, der SV Meppen und SV Waldhof Mannheim, die sich im Direktvergleich 1:1 trennten, sowie der VfL Osnabrück (2:2 gegen die mit vier Bundesligaprofis gepimpte BVB-Zweite) und 1860 München. Die weiß-blaue Operette kam zu einem 1:0 bei Viktoria Köln und feierte somit auch im vierten Spiel nach dem Rauswurf von Torjägerbrumme Sascha Mölders einen Sieg.



Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)

Verlagsleitung: Andreas Hüllinghorst, Sebastian Carlens (stellv.)

Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin

Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Simon Zeise (stellv.)

in der Verlag 8. Mai GmbH



ZENTRALE: ANZEIGEN: ABOSERVICE: 030/536355-0 030/536355-10 030/536355-38 030/536355-81/82

030/536355-56 030/536355-44 redaktion@jungewelt.de INTERNET: www.jungewelt.de

facebook.com/jungewelt twitter.com/jungewelt instagram.com/jungewelt_insta

Außenpolitik: Matthias István Köhler (-71); olitik: Nico Popp (-31); Interview: Jan Greve (-34); Feuilleton und Sport: Peter Merg (-55); Thema: Daniel Bratanovic (-65): Leserpost: Jörg Tiedjen (-41/lese Bildredaktion: Nikolas Sisic (-40):

Redaktion/Verlag (Ressort-/Bereichsleitung, Durchwahl):

Wirtschaft & Soziales: Oliver Rast (komm., -20);

Herstellungsleitung/Layout: Michael Sc

Aktion und Kommunikation: Katja Koschmieder (-16); Archiv/jW-Shop: Stefan Nitzsche (-37); Anzeigen: Tobias Khusrawi (-38); Ladengalerie: Michael Mäde (-56) übernimmt die Redaktion keine Verantwortun Abonnements, Adressänderungen und R Nora Krause (030/536355-81/-82) AVZ GmbH, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin, Fax: -48 Abopreise Print: Normalabo Inland mtl. 45,90 Euro; Sozialabo mtl. 31.90 Euro: Solidaritätsabo mtl. Euro 57.90 Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monatl ersandkostenzuschlag. Abopreise mtl. 21,90 Euro; Sozialabo mtl. 14,90 Euro; Solidaritätsabo mtl. 29,90 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 6,90 Euro für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 8.90 Euro Abokonto: IBAN: DE03100500000190252308 **Shopkonto:** IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55 nto: IBAN: DE03 1005 0000 0190 7581 63

Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel.: 030/28 49 30 oder www.presse-monitor.de Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH. Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin | S + M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44A, 63303 Dreieich